

**Renate Damus:**  
**Die „Anwendung der Arbeitswerttheorie“ und die Planung der Preise in der DDR<sup>1)</sup>**

1. Die Beschäftigung mit dem Preissystem ist keineswegs einem zufälligen individuellen Interesse zuzuschreiben. In der DDR werden vielmehr die Preise als eine der wichtigsten Nahtstellen für das Funktionieren des ökonomischen Systems im Sinne der Zielvorstellungen, nämlich als ökonomische Hebel gehandhabt. In der gegenwärtigen Gestaltung der Preise finden folgende gesellschaftlich-ökonomische Überlegungen ihren Ausdruck:

1. Im Preis soll die zur Herstellung einer Ware „gesellschaftlich notwendige“ Arbeit zum Ausdruck kommen, wobei die keineswegs einheitlich beantwortete Frage auftaucht, wie der „gesellschaftlich notwendige“ Aufwand zu definieren und zu ermitteln ist. (sog. Meßfunktion)
2. Der Preis dient als Instrument der planmäßigen Verteilung des „Nationaleinkommens“ (Einfluß auf die Proportionen der Verteilung des Nationaleinkommens, sog. Verteilungsfunktion).
3. Dem Preis kommt eine stimulierende Funktion zu, vornehmlich dadurch, daß sog. „planmäßige Abweichungen“ vom Wert vorgenommen werden (sog. Stimulierungsfunktion).

Von einer Anwendung des Wertgesetzes oder auch einer Anwendung der Arbeitswerttheorie wird in der DDR dann gesprochen, wenn der Preis, wie unter 1.) genannt, Ausdruck der in der Ware enthaltenen gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit ist, wenn er auf diese Weise also seine Meßfunktion erfüllt. Von einer sozialistischen Wertmodifikation dagegen wird dann gesprochen, wenn durch planmäßige Abweichungen des Preises von dem wie oben bezeichneten Wert (Arbeitsaufwand) dem Preis Stimulierungs- und Verteilungsfunktionen zugeordnet sind (vgl. Punkt 2. und 3.). Dabei verwirrt der Begriff der sozialistischen Wertmodifikation insofern, als er die Vorstellung suggeriert, es gäbe auch eine kapitalistische Wertmodifikation, was insofern ein Unsinn ist, als der Wert überhaupt nur in der Preisform in Erscheinung tritt und der Preis nicht mit der tatsächlich pro Ware aufgewandten Arbeitszeit identisch ist (vgl. die Kategorie des Produktionspreises und des Marktproduktionspreises). Zum anderen stutzt man aber vor allem deshalb, weil den Preisen in der DDR ja innerhalb eines gesellschaftlichen Plans bewußt bestimmte Funktionen zugeordnet sind (messen, stimulieren, verteilen), während es sich bei der Preisbildung im Kapitalismus um einen Vorgang handelt, in welchem sich der gesellschaftliche Zusammenhang den Individuen gegenüber in der Form eines unbegriffenen Naturgesetzes geltend macht.

Dieser Problematik soll im folgenden weiter nachgegangen werden. Dabei geht es u.a. um die Herausarbeitung der These, daß die Marxsche Werttheorie in den sozialistischen Ländern als Preisbildungstheorem mißverstanden worden ist, und daß dieses Mißverständnis, wie immer man es aus den gesellschaftlichen Verhältnissen erklären mag, selbst wieder negative Auswirkungen mit enormen gesellschaftlichen Kosten im Gefolge hatte. Gesellschaftlicher Reichtum wurde mit Wertreichtum verwechselt mit der Konsequenz, daß die gesellschaftliche Rechnungsführung,

der sparsame Umgang mit dem gesamtgesellschaftlichen Arbeitsaufwand, insbesondere mit dem vergegenständlichten, vernachlässigt wurde. Weiterhin geht es darum aufzuzeigen, daß eine Anwendung der Arbeitswerttheorie gar nicht möglich ist, weshalb die sozialistischen Staaten auf eine gelenkte Wirtschaftsrechnung ex post verwiesen sind. Nur weil das so ist, gewinnt die Gestaltung eines richtigen Preissystems — ein Preissystem, das die betrieblichen Aktivitäten auf die gesamtgesellschaftlichen Präferenzen orientiert, einen solch wichtigen Stellenwert.

Die Problematik der Preisbildung ist von zentraler Bedeutung hinsichtlich der zu schaffenden wirtschaftlichen Strukturen, der Proportionen zwischen den verschiedenen Bereichen, der Lenkung der kollektiven wirtschaftlichen Aktivitäten auf die gesamtgesellschaftlichen Interessen, des Ausgleichs zwischen den Schichten, der Strukturierung der Bedürfnisse als Bedarf im Sinne der zahlkräftigen Nachfrage etc.

Hinweise auf die Marxschen in der Kritik des Gothaer Programms entwickelten Vorstellungen von der Abschaffung des Geldes zugunsten von Scheinen, die sich auf die geleisteten Arbeitsstunden beziehen, bleiben notwendigerweise abstrakt. Vergrößert formuliert kann man diese Rezeption der Marxschen Ausführungen dahingehend charakterisieren, daß Geld per se kapitalistisch ist und Stundenzettel per se sozialistisch sind. Die Verwendung von Wertkategorien im Zuge der Wirtschaftsreformen genügt dann bereits, um sich ein Urteil über diese Maßnahmen zu bilden. Statt dessen wäre umgekehrt zu fragen, ob die Wirtschaftsreformen nicht eine Antwort — und zwar eine partiell durchaus negative — darauf sind, daß die Probleme, die Marx nur beiläufig erwähnte, nicht gelöst werden konnten, weil sie objektiv extrem schwer lösbar sind.

Es gelang nicht, Planung so zu gestalten, daß von unmittelbar gesellschaftlicher Arbeit gesprochen werden konnte. Äußeres Zeichen für diesen Sachverhalt sind Planänderungen, Versorgungslücken bei gleichzeitiger Überproduktion im Planungssystem vor 1963. Äußeres Zeichen nach 1963 ist die stärkere Verwendung von Wertkategorien. Planung präformiert, gestaltet den Rahmen, gibt die Ziele etc. vor für ansonsten eben doch noch isolierte Verausgabung der Arbeit. Insofern ist der Rückgriff auf eine stärkere Verwendung von Wertkategorien ein adäquater — wenn auch partiell negativer — Ausdruck eben dieses Sachverhalts, wobei die partiell isolierte Verausgabung von Arbeit nicht als genuin und daher als Ausgangspunkt der Analyse zu betrachten ist, vielmehr Ergebnis der Schwierigkeiten, einer positiven Umsetzung dessen darzustellen, wozu die Enteignung des Privateigentums an Produktionsmitteln die Voraussetzung darstellt, nämlich unmittelbare Vergesellschaftung des Produktionsprozesses, Aneignung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch die assoziierten Individuen, Aufhebung des auf sein individuelles Interesse ausgerichteten Privatindividuum der bürgerlichen Gesellschaft.

Die Frage soll nun gestellt werden, was bei Marx mit der äußeren Ersetzung des Geldes durch Stundenzettel inhaltlich-gesellschaftlich gemeint ist und was er dabei u.U. an Problemen simplifiziert hat. Marx begründet in seiner Kritik am Gothaer Programm nicht, warum denn nach einer Revolution das Geld, das dann nicht mehr das „reale Gemeinwesen“ darstellt, nicht in eingeschränkter Form vorläufig — wegen der Notwendigkeit doppelter Wirtschaftsrechnung — erhalten bleiben kann. Dies wäre durchaus denkbar, zumal er hervorhebt, daß diese Gesellschaft noch mit den Muttermalen der alten behaftet ist, so z.B. mit dem Leistungsprinzip, das, da es die Anwendung eines gleichen Maßstabes für Ungleiches beinhaltet, nach wie vor Recht der Ungleichheit ist. Wenn für Marx die Ablösung des

1) Hiermit möchte ich Christel Neusiß für ihre vielfältigen und wertvollen Anregungen herzlich danken. Die Verantwortung für eventuelle inhaltliche wie sprachliche Mängel liegt nichtsdestotrotz ebenso bei mir wie die für den Gang der Argumentation.

1a) Vgl. Fußnote 33

Geldes so selbstverständlich ist, dann macht er stillschweigend eine Voraussetzung, die ein grundsätzliches und wichtiges Problem in den Übergangsgesellschaften als von vornherein gelöst voraussetzt, nämlich den unmittelbar gesellschaftlichen Charakter der Arbeit.

Diese Voraussetzung ermöglicht ihm die Ersetzung des Geldes durch Stundenzettel, die, wie Marx selbst feststellt, „offenbar dasselbe Prinzip“<sup>2)</sup> zum Ausdruck bringen, nämlich das Prinzip des Äquivalentenaustausches. Gleichheit bedeutet lediglich die Anwendung des gleichen Prinzips, des gleichen Maßstabs. Das Prinzip des Äquivalentenaustausches in der Verteilungssphäre verdeutlicht noch einmal die Tatsache, auf die Marx selbst in vorliegendem Zusammenhang verweist, daß er nicht wie viele andere Sozialisten bei seiner Analyse des Kapitalismus in der Verteilungssphäre ansetzt; Sozialismus reduziert sich damit für ihn nicht auf eine Frage der Distribution. Denn dem „offenbar selben Prinzip“, nämlich dem Austausch gleichwertiger Leistungen (wenn auch nicht mehr mittels Geld) liegt der Inhalt zugrunde: daß „niemand mehr etwas geben kann außer seiner Arbeit“ und „nichts in das Eigentum des Einzelnen übergehen kann außer individuellen Konsumtionsmitteln“.<sup>3)</sup>

Mit diesen Ausführungen, die hinsichtlich ihres wahren Kerns weiter unten auf die Situation in der DDR, jedoch keineswegs nur auf die Phase nach 1963 bezogen werden müssen, hat Marx einige Probleme entweder überhaupt nicht beachtet, stillschweigend als leicht lösbar vorausgesetzt oder simplifiziert:

- er setzt den unmittelbar gesellschaftlichen Charakter der Arbeit voraus und kennzeichnet ihn nicht als Ziel eines mühsam und langwierig verlaufenden Prozesses;
- er simplifiziert das Verteilungsproblem. In einer Gesellschaft, in der die Ausbildung von der Gesellschaft getragen wird, aber nur einem Teil der Gesellschaft Ausbildung ermöglicht wird, während ein anderer Teil aufgrund ökonomischer Bedarfskriterien von der Ausbildung ausgeschlossen ist, ist das Leistungsprinzip nicht einfach nur als Muttermal der alten Gesellschaft anzusehen. Vielmehr wird es – gerade auch beim gesellschaftlich notwendigen Ausschluß von der Qualifizierung zu mehr Leistung – in einer solchen Gesellschaft besonders brüchig. „Scheine“ würden dieses Problem nur verschleiern und verobjektivieren, insofern sind die Wertkategorien viel eher zur Bezeichnung des Problems geeignet. Da nach wie vor auch bei den Scheinen eine mangelnde Gleichheit der Individuen hinsichtlich ihrer Bedürfnisbefriedigung zu konstatieren ist, da zum ändern die Scheine noch verstärkt den Eindruck hervorrufen, als ob hier Leistung genau quantifizierbar sei – statt zu sehen, daß dort, wo die Gesellschaft die Ausbildung übernimmt, das Leistungskriterium noch besonders brüchig wird, da die einen für die gesellschaftlich finanzierten Vorteile der Ausbildung dann auch noch zeitlebens besonders honoriert werden – scheint die Beibehaltung der Wertkategorien in dieser Hinsicht sinnvoll bzw. legitimierbar zu sein.
- mit der unproblematischen Problematisierung des gleichen Rechts in Form des Austausches gleichwertiger Leistungen – Arbeitsstundenzettel gegen Konsumtionsmittel – problematisiert Marx zu wenig die Feststellung, daß hier niemand etwas geben kann außer seiner Arbeit. Die Voraussetzungen, wie es zu dieser „seiner“ Arbeit kommt, sind dabei nicht hinterfragt.

- Marx unterschätzt weiterhin die Problematik der wirtschaftlichen Rechnungsführung, z.B. die Relationen zwischen Äquivalenten für geleistete Arbeit. Hier müßte komplizierte auf einfache Arbeit exakt reduzierbar sein. Dies ist aber nicht nur eine Problematik hinsichtlich der Gestaltung der Äquivalente für geleistete Arbeit, sondern auch hinsichtlich des rechnerischen Werts (Wertgröße) der Konsumtionsmittel und natürlich auch der Produktionsmittel (der ganze Reproduktionszyklus müßte in Arbeitsstunden berechnet werden). Er hat weiterhin z.B. die Schwierigkeit der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeitszeit auf die verschiedensten Bereiche wie überhaupt die Bewältigung des Problems der Ökonomie der Zeit unterschätzt. Diese Unterschätzung der Schwierigkeiten gesellschaftlicher Rechnungsführung ist der direkte Ausfluß der stillschweigenden Annahme vom unmittelbar gesellschaftlichen Charakter der Arbeit nach der Expropriation der Expropriateure. Von einem solchen könnte nur gesprochen werden, wenn es gelänge, Optimierungsrechnungen auf gesamtökonomischer Ebene durchzuführen, wenn also das Problem der Wirtschaftsrechnung gelöst wäre. Da diese Voraussetzungen nicht gegeben sind, sind die Produktionseinheiten partiell unabhängig wirtschaftende Subjekte, deren Bedarf wie deren Ergebnisse zur weiteren Bedarfsdeckung quantitativ wie dynamisch vorhergehenden Berechnungen nur bedingt zugänglich sind. Insofern ergibt sich der Zwang zu einer doppelten Wirtschaftsrechnung, nämlich einer Wirtschaftsrechnung ex ante, die in den Plänen ihren Ausdruck findet, und einer ex post, deren Ausdruck die Wertkategorien sind.<sup>4)</sup>

- Marx hat desweiteren die gesellschaftliche Problematik dieses Reduktionsproblems hinsichtlich der Befriedigung historisch entwickelter Bedürfnisse unterschätzt. Handelt es sich um einen strengen Äquivalentenaustausch zwischen Arbeitsstundenzetteln und Konsumtionsmitteln, die der in ihnen vergegenständlichten Arbeitszeit entsprechen, dann bringt die Senkung der Arbeitszeit bei einigen Gütern die ganze Balance zwischen Zetteln und Menge der vorhandenen Mittel zur Bedürfnisbefriedigung durcheinander. Die Individuen teilen ihre Zettel anders auf, damit entsprechen ihren Wünschen aber nicht mehr die gegebenen Möglichkeiten. Sollte man nun abgehen vom strengen Austausch von Äquivalenten, sollte man das Problem bürokratisch-zentralistisch lösen und verteilen oder findet man einen Mechanismus, der den gesellschaftlichen Vorstellungen genügt?

Teilt man infolgedessen nicht die stillschweigende Voraussetzung vom unmittelbar gesellschaftlichen Charakter der Arbeit und sieht vielmehr die Notwendigkeit doppelter Wirtschaftsrechnung, dann bleibt – bezogen auf die DDR – vornehmlich der von Marx prognostizierte ganz andere Inhalt des Austausch von Äquivalenten zu problematisieren, nämlich die Feststellung, daß „niemand mehr etwas geben kann außer seiner Arbeit“.<sup>5)</sup> Zwar kann niemand mehr etwas geben außer seiner Arbeit, zwar hat jeder seine Arbeit auch zu geben, aber die „Äquivalente“ für erbrachte Leistung, die auf der Überkommenen – wenn auch stark reduzierten – Struktur der Lohn-differenzierungen basieren, sind zu problematisieren. Insofern wäre die Feststellung, daß die inhaltliche Bestimmung des Äquivalentenaustausch sich so geändert habe, wie Marx dies intendiert hatte, und nur seine äußere Hülle den Wertkategorien verpflichtet bleibt, zu einfach. Jedoch ist das ein Problem, das hier nicht weiter diskutiert werden muß. Derartige mit dem Leistungsprinzip nicht mehr legitimierbare Lohn-differenzierungen müssen ihrerseits als Auswirkungen anderer Faktoren und zwar außerhalb des Produktionsprozesses begriffen werden. Was heute sich

4) Vgl. Ch. Bettelheim: Theorie und Praxis sozialistischer Planung, München 1971, S. 17  
5) Marx, Kritik ... (Fn 2), S. 1023

2) K. Marx: Kritik des Gothaer Programms, in: Karl Marx: Politische Schriften, Zweiter Band, Hg.v.H.-J.Lieber, Darmstadt 1960, S. 1023  
3) ebd.

in der spezifischen Gestaltung der Wertkategorien – und nicht in ihrer Existenz überhaupt – an gesellschaftlich negativ zu bewertenden Tendenzen ausgedrückt, hatte vor den Wirtschaftsreformen, also in Phasen starker Zurückdrängung der Wertkategorien, nur andere Ausdrucksformen. Die Probleme, die sich heute in der Verwendung von Wertkategorien ausdrücken, sind eben nicht erst durch die Verwendung dieser Kategorien erzeugt, sondern im Gegenteil: die stärkere Verwendung von Wertkategorien nach 1963 ist selbst Ausdruck tieferliegender Schwierigkeiten der sozialistischen Staaten.

Keineswegs behaupte ich, daß Wertkategorien gänzlich instrumental betrachtet werden können, vielmehr bezeichnet ihre Verwendung nicht nur ein technisches, sondern auch ein gesellschaftliches Problem. Denn gerade die Tatsache des noch nicht unmittelbar gegebenen gesellschaftlichen Charakters der Arbeit verweist auf die Mangelhaftigkeit der gesellschaftlichen Beziehungen der Individuen untereinander. Es muß jedoch gesehen werden, daß auch im früheren Planungssystem dieser Mangel ökonomisch evident zu Tage trat und daß außerdem die gesellschaftlichen Beziehungen der Individuen nicht bereits qualitativ anderer Naturwaren, schon deswegen nicht, weil das streng zentralistische Planungs- und Leitungssystem die Individuen weitgehend auf den privaten Bereich reduzierte. Das Problem ergab sich folglich nicht erst mit der etwas stärkeren Stimulierung materieller Interessiertheit nach 1963. Wenn der stärkeren Betonung der Wertkategorien größere Mitplanungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten korrespondiert hätten, dann wäre durchaus ein stärkeres Aufbrechen der Privatinteressen denkbar gewesen, als es im Planungssystem vor 1963 je gegeben und denkbar war.

Die weiter oben angesprochene und als notwendig herausgestellte doppelte Wirtschaftsrechnung zeigt an, daß die Wertkategorien in der DDR eine andere Qualität als in der kapitalistischen Gesellschaft erhalten haben. Schon allein die Tatsache, daß Preise und damit gesellschaftliche Beziehungen und Strukturen bewußt gestaltet und nicht über den Markt bzw. die Kapitalbewegungen reguliert werden, daß die Kennziffer Gewinn bewußt eingesetzt wird, um die Betriebe indirekt auf gesamtgesellschaftliche Erfordernisse hin zu orientieren, deren unmittelbare Bestimmung der Zentrale nicht möglich ist, daß somit der Gewinn nicht Ausdruck sich selbst verwertenden Werts ist, sollte zeigen, von welcher anderen Qualität diese gebrauchten Wertkategorien bereits sind. Wertkategorien bewußt einzusetzen – diese Tatsache zeigt bereits als solche an, daß sie nicht von vornherein verschleiender Ausdruck bestimmter Aneignungsprozesse und damit bestimmter Herrschaftsverhältnisse sind. Werden die wirtschaftlichen Proportionen, Preise und Löhne anhand bestimmter gesellschaftlicher Zielvorstellungen geplant, verliert die Problematik, deren Ausdruck die Wertkategorien im Kapitalismus sind, weitgehend an Relevanz, sie wird sekundär. Die Kritik an gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen ist in einer gewußt geplanten Wirtschaft und Gesellschaft, in der auch die Wertkategorien bewußt gestaltet werden, (tauto)logischerweise nicht grundsätzlich am bewußt Gestalteten als Naturwüchsigen festzumachen und nicht mit den Kategorien Wesen/Erscheinung zu analysieren.

Aus den bisherigen Ausführungen wird deutlich, daß ich nicht wie andere sozialistische Kritiker der osteuropäischen Staaten bzw. wie die offizielle DDR-Position selbst der Meinung bin, daß sich hinsichtlich der gesellschaftlichen und/oder ökonomischen Probleme „Marxsche“ Kategorien rezipieren und dann „anwenden“ ließen. Vielmehr sind die Kriterien der Beurteilung aus der Untersuchung selbst zu erschließen, ansonsten hätte man, bevor man sich an die

konkreten Probleme begibt, bereits die Position zu ihrer Beurteilung festgelegt. Man braucht sich damit entweder nicht mehr den Problemen zu stellen oder ihre spezifische Lösung als gültig nicht mehr in Frage zu stellen.

2. Bevor auf spezielle Probleme der Preisplanung in den letzten Jahren eingegangen und dort die Frage nach der 'Anwendung der Arbeitswerttheorie' gestellt wird, soll zuerst grundsätzlicher problematisiert werden, ob in einer „Übergangsgesellschaft“ von einer Anwendung des Wertgesetzes gesprochen werden kann. Theoretiker wie z.B. W. Brus<sup>6)</sup>, die sicherlich nicht in den Verdacht kommen können, sie wollten Ware-Geld-Beziehungen abschaffen, bezweifeln, daß überhaupt vom Wertgesetz im Sozialismus gesprochen werden kann. Es stellt sich somit die Frage, ob die DDR-Theoretiker, wenn sie vom sozialistischen Wertgesetz sprechen bzw. sprachen, unzulänglich reflektieren, was in der Praxis geschieht. Wenn nämlich in der „politischen Ökonomie des Sozialismus“ in der DDR von der Anwendung des Wertgesetzes gesprochen wurde und wird, handelt es sich lediglich um die Frage der „richtigen“ Gestaltung der Preise, in der neben anderen Aspekten die Ökonomie der Zeit zum Ausdruck kommen und die zur Ökonomie der Zeit anhalten soll. Bei Marx, in der Kritik der politischen Ökonomie, also in der Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft, stellt zwar auch langfristig die Summe der Preise die Summe der Werte dar, die „Wertschöpfungslehre“ läßt sich demzufolge nicht einfach vom „Wertgesetz“ trennen, wie W. Hofmann<sup>7)</sup> dies tut. Nichtsdestotrotz kommt den Erörterungen über den Wert weitgehende Bedeutung zu. Denn bei seiner Kritik der politischen Ökonomie geht es Marx vornehmlich nicht um die Frage, was produziert wird, sondern um die gesellschaftliche Form, in der produziert wird, folglich um die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen in der Produktion und damit um die bestimmte Form der Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse, die in der Produktion immer von neuem reproduziert werden. Gegenüber einer *oeconomia pura*, die sich in doppeltem Sinne wertfrei gab und gibt – frei vom Wert, indem sie einzelwirtschaftlich den Produktionsprozeß als Produktionsprozeß von Sachen und nicht als immer wieder produziertes gesellschaftliches Verhältnis ansieht und zugleich frei von Werten im Sinne der wissenschaftlichen Werturteilsfreiheit, womit sie unter dem doppelten Schein der Wertfreiheit zugunsten wissenschaftlicher „Exaktheit“ die bestehenden Verhältnisse zementiert – hat Marx in seiner Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus die Klassenverhältnisse analysiert und ihnen „ökonomisch“ in der „Werttheorie“ Ausdruck verliehen.

Sich beziehend auf die Marxsche Kritik leuchtet es nicht ein, warum die DDR-Ökonomie so sehr das Wertgesetz betont, denn was die Ökonomen meinen, würde sinnvollerweise mit Gebrauchswert-Kosten-Analyse bzw. als Verhältnis von Aufwand und Ergebnis bezeichnet und damit das betreffen, was Marx unter der Beachtung des Grundsatzes der Ökonomie der Zeit versteht.<sup>8)</sup> M.a.W. ist die

- 6) W. Brus: Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft, Frankfurt 1971 (Warschau 1961)  
7) W. Hofmann: Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts, Berlin 1968, S. 109 ff., insbes. S. 117 f. Desweiteren ders.: Das ‚Wertgesetz‘ in der Erwerbsgesellschaft unserer Tage und in der sozialistischen Planwirtschaft. In: Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre ‚Kapital‘. Hg. A. Schmidt/W. Euchner, Frankfurt 1968, S. 263 ff.

Praxis einerseits in dieser Hinsicht weiter fortgeschritten als die DDR-Theorie, die ja eigentlich eine planerische ist, andererseits kann an der skizzierten Problematik klar werden, warum die Probleme – z.B. die Preisprobleme – nicht besser bewältigt werden. Wenn von der Anwendung der Arbeitswerttheorie, vom sozialistischen Wertgesetz in einer starken Verkürzung der Marxschen Intention gesprochen wird, dann wird aus der Marxschen Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft eine Theorie bzw. ein Theorem gemacht, das auch für die Gesellschaft der „Übergangsperiode“ gilt. So verfahren auch die Kritiker sozialistischer Staaten, die ihre Kritik anhand der Wertkategorien entfalten. Indem jedoch die Marxsche Kritik zum zeitlos gültigen Theorem erhoben wird, wird Marx auch zum sogenannten Klassiker erhoben, auf den man sich – auch wenn bei der Preisbildung in sehr unterschiedlicher Weise, wie noch zu zeigen sein wird – ,beruft und der so als Klassiker gegen Kritik immun ist bzw. diejenigen, die sich auf ihn berufen, gegen Kritik immunisieren soll.

So sinnvoll es demzufolge ist, auf die genannten Aspekte, vornehmlich auf den auch und gerade im Sozialismus wichtigen Aspekt des ökonomischen Umgangs mit der gesellschaftlichen Arbeitszeit hinzuweisen vor allem in Anbetracht der Tatsache, daß ein Teil der Mängel des wirtschaftlichen Systems<sup>9)</sup> auf der Nichtbeachtung der Ökonomie der Zeit basierte, so wenig sinnvoll ist es, die damit ange-

- 8) „Gemeinschaftliche Produktion vorausgesetzt, bleibt die Zeitbestimmung natürlich wesentlich. Je weniger Zeit die Gesellschaft bedarf, um Weizen, Vieh etc. zu produzieren, desto mehr Zeit gewinnt sie zu anderer Produktion, materieller oder geistiger. Wie bei einem einzelnen Individuum, hängt die Allseitigkeit ihrer Entwicklung, ihres Genusses und ihrer Tätigkeit von Zeitersparung ab. Ökonomie der Zeit, darin löst sich schließlich alle Ökonomie auf. Ebenso muß die Gesellschaft ihre Zeit zweckmäßig einteilen, um eine ihren Gesamtbedürfnissen gemäße Produktion zu erzielen; wie der Einzelne seine Zeit richtig einteilen muß, um sich Kenntnisse in angemessenen Proportionen zu erwerben oder um den verschiedenen Anforderungen an seine Tätigkeit Genüge zu leisten. Ökonomie der Zeit, sowohl wie planmäßige Verteilung der Arbeitszeit auf die verschiedenen Zweige der Produktion, bleibt also erstes ökonomisches Gesetz auf Grundlage der gemeinschaftlichen Produktion. Es wird sogar in viel höherem Grade Gesetz.“ (K. Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 89). Allerdings sind diese Äußerungen von Marx bezogen auf eine Gesellschaft, die keine Ware-Geld-Beziehungen mehr kennt, was jedoch nicht daran hindert, sie im „Wörterbuch der Ökonomie, Sozialismus“ (Berlin 1969, S. 319 f.) unter dem Stichwort Gesetz der Ökonomie der Zeit – als eines unter vielen anderen – zu zitieren. Ähnlich äußert sich F. Engels (Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, Berlin 1960, S. 385 f.): „Sobald die Gesellschaft sich in den Besitz der Produktionsmittel setzt und sie in unmittelbarer Vergesellschaftung zur Produktion verwendet, wird die Arbeit eines jeden, wie verschieden auch ihr spezifisch nützlicher Charakter sei, von vornherein und direkt gesellschaftliche Arbeit . . . . Es kann ihr (der Gesellschaft, R.D.) also nicht entfallen, die in den Produkten niedergelegten Arbeitsquanta, die sie alsdann direkt und absolut kennt, noch fernerhin in einem nur relativen . . . . früher als Notbehelf unvermeidlichen Maß, in einem dritten Produkt auszudrücken und nicht in ihrem natürlichen . . . . Maß, der Zeit. . . . Die Nutzeffekte der verschiedenen Gebrauchsgegenstände, abgewogen untereinander und gegenüber den zur ihrer Herstellung nötigen Arbeitsmengen werden den Plan bestimmen.“ Vgl. hierzu auch F. Oelßner: Die Rolle der Staatsmacht beim Aufbau des Sozialismus. In: Probleme der politischen Ökonomie. Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften. Berlin 1959, S. 11-65, bes. S. 64, wo Oelßner Engels Ausführungen – was vom Wertbegriff bleibe, sei die Abwägung von Nutzeffekt und Aufwand – positiv hervorhebt. Dies hat jedoch nichts mit einem sozialistischen Wertgesetz zu tun. Vgl. auch K. Marx: Das Kapital, Bd. III, Berlin 1967, S. 859: „Zweitens bleibt, nach Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise, aber mit Beibehaltung gesellschaftlicher Produktion, die Wertbestimmung vorherrschend in dem Sinn, daß die Regelung der Arbeitszeit und die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit unter die verschiedenen Produktionsgruppen, endlich die Buchführung hierüber, wesentlicher denn je wird.“
- 9) Vgl. H. Mann: Notwendige Veränderungen des Preissystems der DDR, in: Wirtschaftswissenschaft, 11/1962, S. 1601 ff.

sprochene Problematik unter die umfassendere Problematik des Wertgesetzes zu subsumieren. Diesem Mißverständnis korrespondiert das „Mißverständnis“ hinsichtlich der Anwendung der Marxschen „Arbeitswerttheorie“ in der Preisbildung. Zeitigte das erste Mißverständnis „nur“ langfristig negative gesamtgesellschaftliche Folgen, so das zweite unmittelbar verheerende ökonomische Folgen. Wenn z.B. ein Teilnehmer der Konferenz zur Übergangsperiode in der ökonomischen Situation der DDR von 1955 das Problem referiert<sup>10)</sup>, ob der gesamte Arbeitsaufwand, d.h. der volle Wert des Produktes Grundlage der Preisfestsetzung bei den Produktionsmitteln sein solle oder nicht besser nur die Selbstkosten (=Verarbeitungskosten minus Materialkosten) zuzüglich mäßiger Gewinne und – sich wohl selbst distanzierend – äußert, daß sich die Genossen für den zweiten Vorschlag entschieden, damit die Produktionsmittel nicht als Ware anerkannt würden, dann zeigt dies ein gefährliches Nicht-Verstehen dessen an, was bisher erreicht wurde. Solche Beiträge demonstrieren dagegen nicht, wie P. Mitzscherling in ähnlichem Zusammenhang meint, daß „ideologische Determiniertheit“ und ökonomische Effizienz sich bis zu einem gewissen Grad unversöhnlich gegenüberstehen, womit der Beweis erbracht wäre, daß das System, solange es sich an seine Prämissen hält, ökonomisch nur bedingt – und immer schlechter als das kapitalistische – lebensfähig ist<sup>11)</sup>. Auch wenn die Preise nicht die Selbstkosten zum Ausdruck bringen, sondern den vollen „gesellschaftlichen Arbeitsaufwand“<sup>12)</sup>, erhält damit das Wertgesetz keineswegs bereits die Rolle des Regulators der Produktion und Reproduktion<sup>13)</sup>, weil die gesellschaftlichen Verhältnisse, d.h. die kapitalistischen Grundstrukturen beseitigt wurden, in denen der gesellschaftliche Zusammenhang sich unbewußt, naturwüchsig vermittelt über das Wertgesetz, durchsetzt.

### 3.

#### Die einzelnen Preistypen und ihre Funktionen

##### 3.1.

Wurde bisher versucht, auf einer allgemein theoretischen Ebene die Problematik der

- 10) W. Brus, in: Die Übergangsperiode . . . (vgl. Fn 13), S. 156
- 11) Vgl. P. Mitzscherling: Zunehmender Dirigismus oder der Ausbau des neuen ökonomischen Systems? Hintergründe, Entwicklung und Erfolge der Wirtschaftsreformen in der DDR. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 2/1969, S. 252. Sowie ders.: Die Wirtschaft der DDR. Bestandsaufnahme und Praxis: In: Deutschland-Archiv, 12/1971, S. 1290
- 12) Dazu Marx selbst (Kapital, Bd. III, S. 185): „Unterstelle, die Arbeiter seien selbst im Besitz ihrer respektiven Produktionsmittel und tauschen ihre Waren miteinander aus. Diese Waren wären dann nicht Produkte des Kapitals. Je nach der technischen Natur ihrer Arbeiten wäre der Wert der in den verschiedenen Arbeitszweigen angewandten Arbeitsmittel und Arbeitsstoffe verschieden; ebenso wäre, abgesehen von dem ungleichen Wert der angewandten Produktionsmittel, verschiedene Masse derselben erheischt für gegebene Arbeitsmasse, je nachdem eine bestimmte Ware in einer Stunde fertig gemacht werden kann, eine andre erst in einem Tag etc. Unterstelle ferner, daß diese Arbeiter im Durchschnitt gleich viel Zeit arbeiten, die Ausgleichungen eingerechnet, die aus verschiedener Intensität etc. der Arbeit hervorgehn. Zwei Arbeiter hätten dann beide in den Waren, die das Produkt ihrer Tagesarbeit bilden, erstens ersetzt ihre Auslagen, die Kostpreise der verbrauchten Produktionsmittel. Diese wären verschieden je nach der technischen Natur ihrer Arbeitszweige. Beide hätten zweitens gleich viel Neuwert geschaffen, nämlich den den Produktionsmitteln zugesetzten Arbeitstag. Es schloße dies ein ihren Arbeitslohn plus dem Mehrwert, der Mehrarbeit über ihre notwendigen Bedürfnisse hinaus, deren Resultat aber ihnen selbst gehörte.“
- 13) Vgl. Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR. Protokoll der theoretischen Konferenz des Instituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom 11. bis 14. März 1955. Berlin, 1955, S. 156

Vorstellungen von der „Anwendung des Wertgesetzes“, der „Anwendung der Arbeitswerttheorie“ in der DDR aufzuzeigen, so soll im folgenden anhand der Analyse der historisch in der DDR gegebenen verschiedenen Preistypen der Versuch gemacht werden, exemplarisch die anfangs entwickelten Probleme zu verdeutlichen. Erst die genaue Darstellung und Analyse einer sogenannten „Wertkategorie“ wie z.B. der des Preises ermöglicht es, dem Problem näher zu kommen, was denn nun der wirkliche Unterschied zwischen solchen Kategorien im Kapitalismus und in einer sich sozialistisch nennenden Gesellschaft ist, und ob es berechtigt ist, die Ausdehnung der Verwendung bestimmter Wertkategorien schlechthin identisch zu setzen mit der Hereinnahme kapitalistischer Elemente, um dann den Schluß – Rückkehr zum Kapitalismus – daraus abzuleiten.

Der hier zuerst darzustellende Preistyp ist von einer ganz anderen Qualität als die den ökonomischen Reformen seit 1963 folgenden. Dies darf bei der nun nacheinanderfolgenden Skizzierung nicht außer acht gelassen werden. Ein großer Unterschied ist darin zu sehen, daß dieser erste Preistyp nicht als Mittel einer umfassenderen Planungspolitik diente. Das Gegenteil ist der Fall, weil im Planungssystem vor 1963 versucht wurde, Wertkategorien und Warenproduktion möglichst zurückzudrängen. Dieses abstrakt – nämlich rein intentional – von einer sozialistischen Position aus betrachtet sinnvolle Wollen schlug sich z.B. im weitgehenden Festhalten an den Preisen auf dem Stand von 1944 nieder. Damit entsprach der Preis nicht mehr dem Arbeitsaufwand (Kosten) auf dem Entwicklungsstand der DDR und er sollte dies, zumindest bezogen auf die Produktionsmittel, auch nicht, weil die Produktionsmittelproduktion nicht unter die Warenproduktion fallen sollte. Mit dem positiv zu wertenden Versuch der Zurückdrängung der Warenproduktion wurde somit aber auch – verbunden mit anderen Maßnahmen – die gesellschaftliche Rechnungsführung, der sparsame Umgang mit den gesellschaftlichen Ressourcen und ihre planmäßige rationale Verteilung auf die verschiedenen Produktionszweige vernachlässigt und gesellschaftlich schädliches einzelbetriebliches Verhalten sozusagen erzwungen.

Da der betriebliche Reproduktionszyklus nach einem Jahr unterbrochen wurde, mußten die Betriebe jährlich neu die Mittel zur Reproduktion anfordern. Hatte nun z.B. die Betriebsspitze das Leistungsvermögen des Betriebes niedriger angegeben, als es der betrieblichen Realität entsprach, womit dann die quantitativen zentralen Planaufgaben geringer ausfielen, so entsprachen die jährlichen staatlichen Zuweisungen bzw. Subventionen diesem angegebenen Leistungsvermögen. Steigende Arbeitsproduktivität bedeutete unter diesen Bedingungen zusätzlicher Bedarf der Betriebe an staatlichen Zuweisungen, was sich dann als sinkende Rentabilität ausdrückte. Die staatlichen Zuweisungen waren deshalb Zuweisungen, weil die betriebliche Weiterentwicklung nicht von der eigenen Leistung abhing, da Eigenerwirtschaftung und Eigenbestimmung der betrieblichen Reproduktion zwecks Zurückdrängung der Warenproduktion, d.h. zwecks Durchsetzung zentraler Planung, negiert wurde. Um Subventionen handelt es sich deshalb, weil die eingefrorenen Preise den betrieblichen Arbeitsaufwand (Kosten) nicht wiedergaben und der Gewinn – er existierte also schon vor 1963 – nicht, wie gleich noch zu zeigen sein wird, auf den gesamten Arbeitsaufwand bezogen wurde. Der Betrieb war also von daher gar nicht in der Lage, seine weitere Reproduktion selbst zu finanzieren.

Nutzten nun, um das begonnene Beispiel weiter auszuführen, die Arbeiter die Maschinen stärker aus, erhöhten somit die Arbeitsproduktivität und damit den Ausstoß an Gütern, reichten die staatlichen Zuweisungen und Subventionen nicht

aus, da der laufende Aufwand (Rohstoffe, weiterverarbeitete und weiterzuverarbeitende Produkte, Gemeinkosten) sich erhöht hatte. Der Betrieb mußte infolgedessen ein größeres Maß an Zuweisungen anfordern. Steigende Arbeitsproduktivität erschien offiziell als sinkende betriebliche Rentabilität.<sup>14)</sup>

Ein sehr wichtiger Unterschied gegenüber späteren Preistypen ist folglich bei diesem ersten Preistyp darin zu sehen, daß mit ihm nicht versucht wurde, indirekt die Betriebe zu wirtschaftlich rentablem Verhalten anzuhalten, sondern daß gerade umgekehrt versucht wurde, jegliche Auswirkungen der Tatsache, daß es abstrakt betrachtet noch „Preise“ gab, zurückzudrängen. Wirtschaftlich rentables Verhalten sollte mittels einer (Un) Menge an quantitativen und qualitativen Kennziffern, d.h. vorwiegend mittels einer Orientierung an der Gebrauchswertproduktion erreicht werden.

Ein weiterer wichtiger Unterschied ist damit bereits angesprochen: das Festhalten an einem auf dem Stand von 1944 eingefrorenen Preissystem ist – unbeholfener – Ausdruck des Versuchs, die Wertkategorien völlig zurückzudrängen, sie also auch nicht zu „gebrauchen“, was desweiteren darin zum Ausdruck kommt, daß es genau mit dieser Begründung abgelehnt wurde, den gesamten Arbeitsaufwand im Preis auszudrücken. Das heißt aber, daß mit dem Zurückdrängen der Wertkategorien auch wirtschaftliche Rechnungsführung, sparsamer Umgang mit dem gesellschaftlichen Arbeitsaufwand, soweit er vergegenständlicht ist, nicht beachtet wurde. Mit einer solchen „Anwendung“ der Marx'schen „Arbeitswerttheorie“ wird aus der Analyse des Wertes als gesellschaftliches Verhältnis von Menschen, aus den Analysen des I. Bandes des „Kapital“ der Versuch eines Preisbildungstheorems gemacht. Ich versuche also zu unterscheiden zwischen

- a) einer früheren Anwendung der Arbeitswerttheorie als einer Theorie, die begründet, daß letztlich nur die Arbeit Wert schafft und von da aus die Preise bestimmt, ohne daß der Unterschied zwischen Wertreichtum und wirklichem Reichtum bedacht würde,
  - b) einer späteren Anwendung der Arbeitswerttheorie, die vorgibt, im Preis den objektiven Wert der aufgewandten Arbeit auszudrücken unter Einbezug des Wertes der vergegenständlichten Arbeit (Grundfonds und laufende Materialkosten) und
  - c) einer Anwendung des Wertgesetzes, bei der der Versuch gemacht wird, mittels Wertkategorien – z.B. des im späteren Teil dieses Aufsatzes skizzierten Preissystems – die Betriebe indirekt zu rentablem Wirtschaften anzuhalten.
- Auf die Gemeinsamkeiten und Unterschiede, die in der Gestaltung der Preistypen zum Ausdruck kommen, werde ich weiter unten nach der Darlegung und Problematisierung der Preistypen erneut eingehen, wobei es im vorliegenden Aufsatz vornehmlich um Punkt b) gehen soll, während c) überwiegend dem Aufsatz zur Wirtschaftrechnung vorbehalten bleibt.

Bezugsbasis des Gewinns (Reineinkommensrate)<sup>15)</sup> war im ersten Preistyp „v“ in Form des Lohnaufwands, da nur die Arbeit Wert schafft. Ein derartiges Verständnis der „Arbeitswerttheorie“ – der sog. Wertpreis – läßt sich in folgender Formel ausdrücken

$$p = c + v + vk_1 \quad (16)$$

14) Vgl. die Ausführungen des Ministers für Schwerindustrie Fritz Selbmann auf derselben Konferenz, a.a.O., S. 36 f.

Beim „Wertpreis“ wird demzufolge überhaupt nicht reflektiert, daß „c“ (also die Grundfonds und auch die laufenden Mittel) vergegenständlichte Arbeit, folglich Arbeitsaufwand vergangener Arbeitsprozesse ist, mit dem sparsam umzugehen ist. In „c“ kommt der gesellschaftliche Arbeitsaufwand nicht bzw. durch das Preissystem verzerrt zum Ausdruck. Damit wird weder die Marxsche Kritik am Gothaer Programm noch seine Ausführungen in den Grundrissen begriffen. Marx führt aus, daß die Arbeit nicht die Quelle allen Reichtums, sondern die Quelle des jeweils neu geschaffenen Wertreichtums ist, während der wirkliche gesellschaftliche Reichtum auch z.B. durch Bodenschätze etc. bestimmt wird. Geht es also um gesellschaftliche Rechnungsführung muß sowohl mit dem natürlichen gesellschaftlichen Reichtum wie mit der in früheren Arbeitsprozessen vergegenständlichten Arbeit sparsam umgegangen werden. Da die Unterscheidung zwischen Wertreichtum und gesellschaftlichem Reichtum nicht begriffen wurde, wurde auch nicht sparsam mit den gesellschaftlichen Ressourcen umgegangen und damit auch keine gesellschaftliche Rechnungsführung betrieben. (Hinsichtlich der Entwicklung in der UdSSR müßte dieses Problem auch als ein Problem der Forcierung der Industrialisierung um jeden Preis – z.T. aufgrund der außergesellschaftlichen Situation analysiert werden.) Genausowenig wurden andere Ausführungen in der Kritik am Gothaer Programm begriffen. Marx führt hier aus, daß der Arbeiter eben kein Recht auf individuelle Auszahlung des ungekürzten Arbeitsertrages hat, da z.B. die gesellschaftlichen Konsumtionsfonds nötig sind. Demzufolge ist der Lohn nicht identisch mit

der wirklich geleisteten Arbeit,<sup>17)</sup> so daß der sogenannte Wertpreis auch immanent nicht dem Wert gleich kommt. Darüberhinaus kann man feststellen, daß ein solcher Preistyp zum Ausdruck bringt, daß mittels der Preisbildung keine Steigerung der Arbeitsproduktivität initiiert wurde, und – wie bereits erwähnt – auch nicht initiiert werden sollte. Der Preistyp sollte nicht positiv etwas bewirken – z.B. sparsamen Umgang mit vergegenständlichter Arbeit –, sondern negativ etwas verhindern, nämlich das Wirken der Wertkategorien. Ansonsten wurde der Betrieb weitgehend mittels Kennziffern am Güterausstoß orientiert. Im Zusammenhang damit, daß das Kennziffernsystem weder in sich stimmig war, noch Rentabilität wirksam förderte, noch verhindern konnte, daß die Betriebe im eigenbetrieblichen Interesse das Kennziffernsystem weithin untergruben, wirkte sich der Preistyp jedoch dahingehend aus, daß der technische Fortschritt vernachlässigt wurde. „v“ wurde nicht durch „c“ substituiert, da dies, wie das Beispiel zeigte, negative Konsequenzen hinsichtlich des jährlichen Rentabilitätsausweises gehabt hätte. Hinzukommt, daß die jährliche Unterbrechung des Reproduktionszyklus eine solche Substitution, eine solche Umstellung, die aufgrund der Umstellung erst auch einmal Verluste mit sich bringen mußte, nicht nahe legte.

Einerseits ist dieser Preistyp für den mangelnden technischen Fortschritt nicht verantwortlich, weil er dafür nicht gedacht ist. Andererseits kann aber doch gezeigt werden, daß jegliche Überlegungen hinsichtlich der Steigerung des technischen Fortschritts auf betrieblicher Ebene, somit gesamtgesellschaftlich gesehen unnötige betriebliche Aktivitäten, abgetötet werden, solange die Gewinnrate bzw. Reineinkommensrate sich lediglich auf „v“ in Form des Lohnaufwands bezieht. Substitution von „v“ durch „c“ kann zwar technischen Fortschritt implizieren, bedeutet aber zugleich, daß der Gewinn, der sich auf die Lohnkosten bezieht, sich prozentual verringert und damit vor allem die Prämien, denn in ihnen wirkte sich der Gewinn positiv für den Betrieb aus. In Anbetracht des in der DDR auch schon zu dieser Zeit vorhandenen Arbeitskräftemangels wird der Widersinn des sogenannten Wertpreises auch unter diesem Aspekt offenkundig.

15) Vgl. O. Spitzner: Wirtschaftsverträge – sozialistische Wirtschaftsleitung. Rolle und Bedeutung der Wirtschaftsverträge im neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Berlin 1965, S. 177 ff. Spitzner unterteilt in vier Etappen der Entwicklung des Preissystems (danach folglich heute in fünf):

1) Von 1945 bis 1948: notwendige administrative Maßnahmen des Preisstopps, um angesichts des Warenmangels und des Kaufkraftüberhangs inflationistische Tendenzen zu begegnen. Die Preise hatten keine lenkende Wirkung auf den Austauschprozeß, vielmehr vollzog sich dieser aufgrund administrativer Verteilungsanweisungen.

2) Von 1948-1953: Spitzner meint, daß unter Ausnutzung der mittels der Währungsreform vorgenommenen Kaufkraftreduzierung feste betriebsindividuelle Preise gebildet worden seien.

3) Von 1953-1964: Einführung einheitlicher Festpreise; dabei wurde die Gesamtpreissumme der Waren beibehalten, womit das vorgefundene durchschnittliche Preisniveau übernommen wurde. Weiterhin wurde eine umsatzabhängige Produktionsabgabe eingeführt, deren Abführung im Gegensatz zur Gewinnabführung, die bei jedem einzelnen Betrieb erfaßt wird, erst in den weiterverarbeitenden Produktionsstufen erfolgt.

4) Seit 1. April 1964 (wohl auch im Sinne Spitzners bis 1968/69 zu terminieren:) Umbewertung der Grundmittel und Industriepreisreform. Der sog. gesellschaftlich notwendige Arbeitsaufwand soll Grundlage der Preisbildung werden. Anders ausgedrückt: das „Wertgesetz“ soll zur Anwendung kommen. Die Preise sind weiterhin als Festpreise gedacht, sollen jedoch kontinuierlich überprüft werden. Weiterhin wird das Reineinkommen nicht mehr jährlich zentralisiert, vielmehr innerhalb der VVB als Produktionsverband stärker realisiert.

16) M. Melzer: Preispolitik und Preisbildungsprobleme in der DDR. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 3/1969, S. 325, wobei

„p“ = Preis des Produkts

c = Materialkosten + Abschreibungen je Produktionseinheit

v = Lohnkosten je Produktionseinheit

c+v = Selbstkosten je Produktionseinheit

k = vorgegebene Gewinnrate, die bei den verschiedenen Preistypen unterschiedlich ist

K = Produktionsfonds je Produkteneinheit (=Kapital + Umlaufmittel)“.

Vgl. desweiteren F. Haffner: Das sowjetische Preissystem. Berlin 1968

12.

Im Gegensatz zu dem soeben skizzierten Preistyp wurde im NÖS (also seit 1963) dem Preis durchaus eine positive Funktion zugeordnet. An die Stelle des „Administrierens“ mittels einer Masse an Kennziffern trat ein System von ökonomischen Hebeln“, das die Betriebe indirekt zu wirtschaftlicher Rentabilität und auf die zentralen Setzungen hin verpflichten sollte. Zu solchen Hebeln wurden die Wertkategorien wie Gewinn, Preis, Kredit, Zins, Lohn, Prämie erkoren. Sie wurden in-olgedessen nicht zurückgedrängt, indem man sie nach Möglichkeit negiert, vielmehr

7) Vgl. W. Hofmann: Das Wertgesetz . . . . (Fn 7), S. 287: „Es ist allerdings sehr schwer, die Lohnproportionen nach Wertgesichtspunkten – oder sagen wir besser: nach Arbeitsaufwand – zu korrigieren, weil jede Korrektur nur im Sinne von Lohnerhöhungen geschehen könnte und weil dies praktisch für die Volkswirtschaft eine kolossale, eine schlagartige Erweiterung der Lohnsumme bedeuten würde; diese Lohnsumme müßte entsprechend durch Konsumgüter abgedeckt sein.“ Daß dem so ist, kommt auch in dem Vorschlag von R. Kindler (Arbeitskräftefonds und fondsbezogener Preistyp. In: Wirtschaftswissenschaft, 1/1972, S. 47 ff. z.B. S. 50) zum Ausdruck, bei der Einführung einer Arbeitskräftefondsabgabe, den einmaligen Fondsaufwand nicht aus dem Reproduktionsaufwand (sprich: Lohnkosten) zu berechnen, sondern von den gesellschaftlich notwendigen Bildungskosten auszugehen.

bewußt benutzt. Damit tauchte selbstverständlich die Frage auf, inwieweit gesamtgesellschaftlich planerisch gestaltend Wertkategorien gebraucht und jegliche negativen Auswirkungen verhindert werden können oder inwieweit diese Kategorien nicht doch eine solche Eigendynamik gewinnen, daß durch sie bewußte gesamtgesellschaftliche Planung negiert wird. Zwischen diesen Alternativen gibt es eine Fülle von Abstufungen und genau diese Abstufungen stellen die reale Problematik im Rahmen der Wirtschaftsreformen in der DDR dar.

Im Preistyp, der diesen Tendenzen entspricht, wurden die Selbstkosten (= laufender Aufwand) zur Bezugsbasis des Gewinns bestimmt, der nun weitgehend die Fülle der früher gebrauchswertorientierten Kennziffern ersetzte und somit zur wichtigsten Kennziffer wurde. Der kostenbezogene, d.h. hier auf den laufenden Aufwand bezogene Preistyp läßt sich in der Formel

$$p = c + v + (c+v) k_2^{18)}$$

ausdrücken. Das bedeutet, daß in der Bezugsbasis des Gewinns auch der laufende Aufwand, der sich nicht auf den Lohnfonds bezieht (Materialien, Gemeinkosten etc.), berücksichtigt wurde – nicht hingegen die Grundmittel (von bürgerlichen Autoren als Anlagekapital bezeichnet, womit sie die stoffliche Form und die Wertform „verwechseln“).

Dieser Preistyp scheint von den an ihn gestellten Aufgaben her wenig einsichtig. Wenn die Betriebe am Gewinn orientiert werden sollen, darf die Bezugsbasis nicht so gewählt werden, daß einzelwirtschaftlich unrentables Verhalten zu betrieblichen Gewinnen führt. Dies war aber durchaus der Fall. Indem der Gewinn auf die Selbstkosten bezogen wird, führen überhöhte Verarbeitungskosten (überhöhter Materialaufwand, teure Materialien) – da sie ohne ein weiteres Korrektiv die Bezugsbasis des Gewinns darstellen – zu größeren Gewinnen. Selbstkostensenkung und damit Erhöhung der Gewinne mittels technischen Fortschritts oder sinnvoller Organisation initiierte dieser Preistyp jedenfalls nicht, vielmehr stellen die so prämierten überhöhten Verarbeitungskosten eine Vernachlässigung eben dieses Fortschrittes dar. Der Gewinn wird damit als ökonomischer Hebel und wichtige Kennziffer fragwürdig.

Gerade am Versagen dieses Preistyps als eines ökonomischen Hebels – u.a. zur Erzwingung eines ökonomischen Umgangs mit den aufgewendeten Produktionsmitteln – läßt sich der grundsätzliche Unterschied zwischen den Kategorien Preis und Gewinn im Neuen ökonomischen System und im Kapitalismus exemplarisch aufzeigen. Aufgrund des Systems der Preisfestsetzung (Bezug einer staatlich festgesetzten Gewinnrate auf einen bestimmten Teil oder auch den Gesamtumfang des zur Produktion einer Ware vergegenständlichten und lebendigen Arbeitsaufwands) fällt der Gewinn nicht etwa bei großzügig - verschwenderischem Umgang mit den Produktionsmitteln, wie dies notwendig im Kapitalismus der Fall wäre, sondern steigt. Dies ist ein Paradoxon: je weniger sparsam mit den Produktionsmitteln umgegangen wird, je höher der Gewinn. Hier zeigt sich grundsätzlich die Schwierigkeit der Konstruktion sogenannter ökonomischer Hebel, die quasi als Zwangsmechanismen wirken sollen, ohne daß der tatsächliche Zwangsmechanismus, der Zusammenhang der arbeitsteilig produzierenden Privatproduzenten über den Zirkulationsprozeß ihrer Waren, der Markt, die Konkurrenz, deren Gesetze allein von ihnen anerkannt werden, wirksam wäre. Anders gewendet: gerade an der

18) Melzer, ebd. (FN 16)

völlig widersprüchlichen und paradoxen Wirkung von als ökonomische Hebel gedachten Gesetzesmaßnahmen zur Preisfestsetzung wird deutlich, wie wenig von der Wirksamkeit eines Marktes, also eines blind wirkenden Wertgesetzes in der DDR gesprochen werden kann. In der Struktur laufen die Probleme, welche im folgenden dargestellt werden, auf die Vermeidung des hier kurz zusammengefaßten Paradoxon hinaus.

Stellt man fest, daß zwischen dem Ergebnis getroffener Maßnahmen und den ihnen verbundenen Intentionen eine so offenkundige Kluft besteht, so sucht man nach Gründen, die sich für diese Maßnahmen anführen lassen. Hier muß sicherlich mitbedacht werden, daß der historische Ablösungsprozeß gegenüber einer ca. 30 Jahre lang gültigen Rezeption der Marxschen Kritik langwierig war, eine Rezeption, die die Wertkategorien als solche ohne sie im jeweiligen gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang zu reflektieren, in der Umgestaltung der Produktionsverhältnisse meinte völlig zurückdrängen zu müssen, ohne dabei zu überlegen, ob diese Kategorien noch dasselbe bezeichnen, nämlich eine bestimmte Form des Arbeitsprozesses als Verwertungsprozeß, Aneignungsbeziehungen, Verkauf der Arbeitskraft unter dem Schein des Äquivalententausches. (Mit dieser Rezeption der Marxschen Kritik war aber auch der Aspekt, der in den Wertkategorien im Kapitalismus in einer bestimmten Form zum Ausdruck kommt, weitgehend negiert worden, der dabei von zeitloser Gültigkeit ist, nämlich der stoffliche, d.h. hier global sparsamer Umgang und optimale gesellschaftliche Verteilung des gesellschaftlichen Arbeitsaufwandes und zwar auch in seiner vergegenständlichten Natur). Dieser allmähliche Ablösungsprozeß darf dabei nicht nur als mühsamer wissenschaftlicher Umdenkungsprozeß gegenüber der historischen Erstgeburt betrachtet werden, vielmehr muß er auch als politischer Kampf zwischen Parteigruppierungen angesehen werden. Auch die sowjetische Industrialisierungsdebatte, an deren Ende sich das von Stalin artikulierte Verständnis der Marxschen Kritik als offizielle Theorie durchsetzte, war schließlich keine abstrakte wissenschaftliche Diskussion gewesen. Insofern ist die Vorsicht bei der Behandlung dieser Problematik auch unter diesem Aspekt begreiflich. Sie ist desweiteren begreiflich aus der vorhandenen Unsicherheit, inwieweit die offiziell eingeleitete Entwicklung u.U. sich verselbständigen könnte, inwiefern hier Strukturen sich restaurieren, deren Beseitigung gerade das Ziel der gesellschaftlichen Umwälzungen gewesen war.

Ökonomisch betrachtet war ein unmittelbarer Übergang z.B. zum nachfolgend zu skizzierenden Industriepreis, bei dem die Gewinnrate auf die Grundfonds bezogen wurde, womit die vergegenständlichte Arbeit völlig in die Preisbildung einbezogen wurde, auch deshalb nicht möglich, weil der Wert der Grundmittel überhaupt erst einmal zu Wiederbeschaffungspreisen ermittelt werden mußte, wie auch das Industriepreisgefüge dem in ihm vergegenständlichten Arbeitsaufwand (Kosten) annähernd angehlichen werden mußte. Vorher hätte der Bezug der Gewinnrate auf die Grundfonds zu völlig jeglicher wirtschaftlicher Rechnungsführung widersprechenden Ergebnissen führen müssen.

Letztendlich mag man auch davon ausgegangen sein, daß die Notwendigkeit eines Zwangsmechanismus gegenüber den Betrieben nicht gegeben sei. Mit der Abschaffung der Orientierung an einer Unzahl von Kennziffern mag man die Hoffnung auf ein nun rationales Verhalten der Betriebe verbunden haben. Dafür spricht, daß die offizielle Kritik am Planungssystem vor 1963<sup>19)</sup> sich gegen ein Zuviel an

19) Vgl. den Anhang zur Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft vom 11. Juli 1963. In: GB1 der DDR, II, 1963, S. 453

20) entfällt

Administration wendet und weniger gegen die auch durch betriebliches Verhalten hervorgerufenen bzw. verschärften Mängel.

Neben den dem Preistyp anzulastenden überhöhten Verarbeitungskosten und damit verbunden ungerechtfertigten Gewinnen, womit sich technische Stagnation verband, war der Preistyp auch hinsichtlich der fondsintensiven Zweige ein untaugliches Mittel zur – über den Gewinn erfolgenden – Orientierung an wirtschaftlich rentablem Verhalten. Dafür war allerdings der Preistyp auch nicht gedacht und konnte es vor der Industriepreisreform auch nicht sein. Zum anderen spielte die Eigenerwirtschaftung und Eigenbestimmung eine geringere Rolle als in der späteren Phase von 1967 - 1970, so daß die Auswirkungen dieser so bezogenen Gewinnrate auf fondsintensive Zweige weniger ins Gewicht fielen, als bei noch stärkerer Betonung der Eigenerwirtschaftung der Mittel, andererseits zeigt dies die sehr reduzierte Orientiertheit dieses Preistyps an den Wertkategorien an.

Eine genuine Logik wäre dem System infolgedessen dann nicht abzusprechen gewesen, wenn ein Korrektiv vorhanden gewesen wäre, das dem Bezug der Gewinnrate auf die Selbstkosten dahingehend begegnet wäre, daß daraus nicht überhöhte Selbstkosten entstehen. Dem 1969 eingeführten fondsbezogenen Industriepreis wurde genau ein solches Korrektiv an die Seite gestellt, nämlich die Produktionsfondsabgabe. Hierauf gehe ich weiter unten ein.

### 3.3.

Aus den genannten Gründen – mangelnde Stimulierung des technischen Fortschritts, Benachteiligung der fondsintensiven Zweige, verschieden geartete Orientierung an den Wertkategorien – hat man im Laufe der Entwicklung des NÖS/ÖSS von 1967 - 1969 eine Reihe neuer Maßnahmen entwickelt. Die wichtigsten Bestandteile des Komplexes dieser aufeinander bezogenen Maßnahmen sind:

- der fondsbezogene Industriepreis\*, bei dem die Bezugsbasis für eine einheitliche Gewinnrate die gesellschaftlich notwendigen Grundfonds darstellen<sup>21)</sup>
- die 6%ige Produktionsfondsabgabe\*, die einen sparsamen Gebrauch von Grund- und Umlaufmittel garantieren soll
- das Industriepreisregelsystem\*, das einschneidende administrative Preisveränderungen zugunsten gleitender Preisveränderungen abschaffen soll, womit sich Kriterien für Ober- und Untergrenzen der Fondsrentabilität verbinden
- das Normativ der Nettogewinnabführung\*, das als Prozentsatz auf den insgesamt zu erwirtschaftenden Nettogewinn (=Bruttogewinn-Produktionsfondsabgabe) vorgesehen war<sup>22)</sup>

Aber auch:

- Preisformen und Vertragsbeziehungen<sup>23)</sup>

21) Vgl. zu den angekreuzten Aspekten nach der Behandlung der grundlegenden Preistypen die Ausführungen unter Punkt 4, S. 85 ff.

22) Vgl. hierzu die Änderungen im Beschluß über die Durchführung des ökonomischen Systems des Sozialismus im Jahre 1971 vom 1. Dez. 1970, GBl. der DDR, II, S. 731. Unter den „staatlichen Plankennziffern“ ist in Punkt 6 ein „Nettogewinnabführungsbetrag an den Staat (in Mark)“ und unter den „staatlichen Normativen“ das „Normativ der Nettogewinnabführung (für Übererfüllung der Kennziffer Nettogewinn) in Prozent“ zu finden (Hervorh. v. mir).

23) Vgl. die Anordnung Nr. Pr. 12 über die Preisformen bei Industriepreisen vom 14. November 1968. GBl. der DDR, 1968, S. 971, Desweiteren O. Spitzner (FN. 15), S. 179-189 und Melzer (Fn 16) S. 341.

- die Preisbildung\* für neu- und weiterentwickelte sowie für veraltete Erzeugnisse zwecks Stimulierung des technischen Fortschritts<sup>24)</sup>
  - Preisrelationen bei Substituierbarkeit von Gütern<sup>25)</sup>
  - Preisprognosen<sup>26)</sup>
  - die Ermittlung der ökonomischen Planinformationen für die Industriepreisplanung<sup>27)</sup>
  - das Bilanzierungssystem<sup>28)</sup>
- Vor der Einführung der soeben aufgezählten Prinzipien der Preisgestaltung waren bereits mit der Umbewertung der Grundmittel<sup>29)</sup> und der Industriepreisreform<sup>30)</sup> (nicht Industriepreisregelsystem) die Voraussetzungen geschaffen worden für:
- die Eigenerwirtschaftung der Mittel zur Finanzierung der Reproduktion und zwar auch der erweiterten<sup>31)</sup>

- 24) Vgl. die Anordnung über die Preisbildung für neu- und weiterentwickelte sowie veraltete Erzeugnisse der chemischen Industrie vom 7. November 1968. GBl. der DDR, II, 1968, S. 977. Dieser Punkt unterliegt heute einer stärkeren Kontrolle, da mit Hilfe dieser Bestimmung die Betriebe sich ungerechtfertigte Gewinne aneigneten, indem sie an Produkten unwichtige und für den Verbraucher unnötige Veränderungen vornahmen, um dadurch zu höheren Preisen und damit zu höheren Gewinnen zu gelangen.
- 25) Vgl. E. Heyde/K. Reiher/G. Hartmann: Fragen und Antworten zur Industriepreispolitik, Berlin 1969, S. 154 ff
- 26) Vgl. Melzer (Fn 16), S. 346-348
- 27) Vgl. die Anordnung Nr. Pr. 13 über die Ermittlung der ökonomischen Planinformationen für die Industriepreisplanung im Perspektivplanzeitraum 1971-1975 vom 30. September 1968. GBl. der DDR, II, 1968, S. 29
- 28) Vgl. Melzer (Fn 16), S. 349:  
„Die Preise werden damit Bestandteil eines wirtschaftspolitischen Systems, das im Rahmen der Planung  
– über den Gewinn die betriebliche Leistungsfähigkeit mißt,  
– mit der Produktionsfondsabgabe eine verbesserte Nutzung der Kapital- und Umlaufmittel anregt,  
– den Betrieb vermittelt des ihm verbleibenden Nettogewinns – als Grundlage sowohl des Prämienfonds als auch des Finanzierungsspielraums für seine Investitionstätigkeit – zu Leistungsverbesserungen veranlaßt,  
– mit der Preisdynamisierung betriebliche Kostenminderungen induziert,  
– über Prognosen sowohl sich entwickelnde als auch dringend notwendige Strukturänderungen erkennbar werden läßt und  
– mit strukturpolitischen Maßnahmen (z.B. Festlegung der Normative der Ober- und Untergrenzen der Fondsrentabilität sowie vor allem der Sätze der Nettogewinnabführung) dort eingreift, wo die Entwicklungstendenzen der Betriebe nicht der staatlich gewollten Struktur entsprechen.“
- 29) Vgl. GBl. der DDR, Teil II, 1962, S. 34 und GBl. der DDR Teil II, 1964, S. 118. Die Umbewertung der Grundmittel bzw. des Brutto-Anlagevermögens zu 1963 entstehenden Wiederbeschaffungspreisen erfolgte im volkseigenen Bereich im Verlauf des Jahres 1963. Dies war die Voraussetzung dafür, um den tatsächlich entstehenden Aufwand in den Preisen ausdrücken zu können, was sich nach den Erfahrungen mit dem System vor 1963 als dringend erforderlich erwies.
- 30) Die Reform wurde von 1964 bis 1967 durchgeführt, womit die Höhe des Gewinns von der eigenen betrieblichen Leistung abhängig gemacht werden sollte.
- 31) Zu den Fragen, die hier auftauchen müssen (Wie kann der Gewinn verwandt werden? Können Investitionen beliebig vorgenommen werden? Wird die proportionale Entwicklung ausschließlich von den eigenverantwortlichen Betrieben und deren Investitionspolitik bestimmt? Was wird durch die zentrale Planung vorgegeben? etc.), vgl. den vorstehenden Aufsatz.

- den Ausweis der betrieblichen Effektivität
- die Forderung des Kosten-Nutzen-Denkens bzw. überhaupt erst eine sinnvolle Ermöglichung solchen Denkens, da nun nicht mehr mit Nachteilen verbunden
- eine Einsparung von Materialien<sup>32)</sup>)

Mit der Ausdehnung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung der Mittel zur weiteren Finanzierung der Reproduktion, mit dem sich konsequenterweise auch die Möglichkeit von dezentralisierten Investitionen verbindet, mit der verstärkten indirekten Lenkung mittels der Wertkategorien bzw. mit der oben charakterisierten „Anwendung des Wertgesetzes“ ergab sich die Notwendigkeit eines Preistyps, der die Grundmittel berücksichtigt, womit auch die fondsintensiven Zweige und die Stimulierung des technischen Fortschritts in die indirekte Lenkung einbezogen werden. Wenn hier von Eigenerwirtschaftung und betrieblichen Investitionsmöglichkeiten gesprochen wird, so darf das sehr relativierte Ausmaß hinsichtlich der erweiterten Reproduktion dabei nicht aus dem Auge gelassen werden, sonst werden diese durchaus problematischen Maßnahmen, die auf eine gewisse Verselbständigung der Produktionseinheiten verweisen, leicht (und gern) als kapitalistische Restauration abqualifiziert, statt zu sehen, daß diese „Reformen“ unter Kontrolle gehalten werden, wenn auch bisweilen erst nach negativen Auswirkungen.

Der fondsbezogene Industriepreis wurde 1969/70 eingeführt; allerdings bereits Ende 1970 für die Industriebereiche, in denen er noch nicht eingeführt war, gestoppt.<sup>33)</sup> Die Einführung des fondsbezogenen Industriepreises bedeutete, daß als gesellschaftlich notwendiger Aufwand nicht mehr nur der laufende Aufwand (=Selbstkosten) angesehen, sondern zum gesellschaftlich notwendigen nunmehr zusätzlich

- 32) Aufgrund der Tatsache, daß ein Großteil der Preise auf dem Stand von 1944 eingefroren wurden, gingen die Betriebe verschwenderisch mit den Ressourcen um, die andererseits sehr knapp waren. Sie gingen desweiteren verschwenderisch mit den Ressourcen um, da sie nur am quantitativen Plansoll orientiert waren, während das „Wie“, die Frage, mit welchen Mitteln das Ziel erreicht werden kann, nicht zur Disposition stand. „Wenn zum Beispiel die Stahlwerke ein Plansoll für gewalzten Stahl in Tonnen erhielten, bestand die Tendenz, schweren Stahl großflächiger und dicker zu walzen; wenn das Plansoll dagegen in numerischen oder linearen Maßen festgesetzt wurde, überwogen die leichten Formate.“ Vgl. H. Bravermann, in: Bettelheim/Dobb/Foa/Hubermann/Robinson/Mandel/Sweezy u.a.: Zur Kritik der Sowjetökonomie. Hg. v.P. Strotmann, Berlin 1969, S. 51
- 33) Vgl. den Beschluß über die Grundsatzregelung für komplexe Maßnahmen zur weiteren Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der Planung und Wirtschaftsführung für die Jahre 1969 und 1970 vom 26. Juni 1968: GBl.II,1968, S. 433. Wobei gesagt werden muß, daß das hier zu skizzierende System seit Dez. 1970 in Frage gestellt ist. Zumindest verläßt man sich nicht einfach auf die eingebauten Regelungen, vielmehr unterliegen Preisveränderungen stärker einer Genehmigungspflicht. Vgl. zu der Frage der Einschätzung der Änderungen von Ende 1970 K. Erdmann: Abkehr vom bisherigen Modell des ökonomischen Systems des Sozialismus. In: Deutschland-Archiv, 8/1971, S. 816 ff. Zur Einschätzung dieses Aufsatzes muß allerdings gesagt werden, daß sich die durchaus informativen Beiträge Erdmanns seit 1967 – seitdem also das NÖS zum ÖSS weiterentwickelt wurde – allgemein dadurch auszeichnen, daß für ihn die eingeführten Maßnahmen gleichzusetzen sind mit einem Zu-Grabe-Tragen des NÖS bzw. der marktwirtschaftlichen Hoffnungen, die Interpretieren wie Erdmann mit den NÖS verbunden. Demgegenüber weist H. Buck m.E. zurecht nach, daß bis Herbst 1970 die Bemühungen der DDR darauf hinausliefen, das NÖS und seine Lenkungsmechanismen zu vervollkommen. In dieselbe Richtung der Interpretation bis 1970 und der Maßnahmen vom Herbst 1970 als stärker vorübergehende Konsolidierungsmaßnahmen weisen die Interpretationen von P. Mitzscherling: Zunehmender Dirigismus oder Ausbau des neuen ökonomischen Systems? In: Vierteljahresshefte für

der einmalige Aufwand (Grundmittel) gezählt wurde, um so endgültig den Gesamtaufwand im Preis zu erfassen. Der fondsbezogene Industriepreis setzt sich demzufolge aus den gesellschaftlich notwendigen Kosten und einem Gewinn zusammen, der nur auf die Höhe der gesellschaftlich notwendigen Produktionsfonds (=Grund- und Umlaufmittel) bezogen wird. Die Lohnfonds gehen infolgedessen durchaus in den Preis ein, der Gewinn wird allerdings auf die angewandte vergegenständlichte Arbeit bezogen. Um den fondsbezogenen Industriepreis jedoch einführen zu können, ohne damit Preiserhöhungen zu verbinden, bedurfte es planmäßiger Industriepreissenkungen.<sup>34)</sup> Wie andererseits, um überhaupt die einzelnen Betriebe zu motivieren und nicht wegen eventueller Gewinneinbußen abzuschrecken, ein Industriepreisände-

---

Wirtschaftsforschung, 2/1969, S. 227 ff. Ders.: Die Wirtschaft (Fn 11, S. 1264 ff) und Wochenberichte des DIW 5/1971 (Konsolidierung durch Wachstumsverzicht? Die Wirtschaft der DDR an der Jahreswende 1970/71), 47/1971 (Verstärkte Zentralisierung: Änderungen im Planungssystem der DDR).

Seit Ende des Jahres 1970 sind eine Reihe von Anordnungen und Gesetze erlassen worden, die neben den „monetären“ Lenkungsmitteln (neben der wertmäßigen Planung) erneut verstärkt „güterwirtschaftliche“ Lenkung (materielle und wertmäßige Übereinstimmung der Planung) vorsehen, so z.B. die Verordnung über Material-, Ausrüstungs- und Konsumgüterbilanzierung - Bilanzierungsverordnung vom 20. Mai 1971 (GBl. der DDR, II, 1971, S. 377). Das bedeutet, daß die monetären bzw. wertmäßigen Lenkungsmittel, selbst wenn und wo sie bestehen bleiben, in ihrer Wirkung eingeschränkt werden sollen, was umgekehrt besagt, daß sie nicht oder begrenzt die Funktionen zur Erreichung bestimmter Ziele erlangt haben, die ihnen bei ihrer Einführung zugesichert waren. Mit der Problematik, „einseitigem Gewinnstreben“ der Betriebe durch die „Sicherung der Einheit von materieller und finanzieller Planung“ zu begegnen, beschäftigt sich Heft 5/1972 der Wirtschaftswissenschaft.

Z.B. ist die als äußerst wichtig angesehene Richtlinie zur Einführung des fondsbezogenen Industriepreises und der staatlichen normativen Regelung für die planmäßige Senkung von Industriepreisen in den Jahren 1969/70 (GBl. der DDR, Teil II, S. 497) vom 26. Juni 1968 gestoppt worden, – zumindest dort, wo diese Preise noch nicht eingeführt waren, während für die bereits auf diesen Preistyp festgelegte Produktion der Preistyp beibehalten wurde. Schon die Tatsache der partiellen Beibehaltung wie die Tatsache, „daß unter den staatlichen Normativen die Rate der Fondsrentabilität mit Toleranzen für VVB und den Ministerien direkt unterstellte Kombinate sowie (das) Normativ der Ober- und Untergrenze der Fondsrentabilität für Erzeugnisgruppen zur Anwendung des Industriepreisregelsystems“ (GBl. der DDR, Teil II, 1970, S. 732 RD) festgelegt wurde“ (Mitzscherling, Die Wirtschaft, S. 1279), wie zum andern die Tatsache, daß der fondsbezogene Preistyp unter Einschuß des Arbeitskräftefonds auch für die Jahre 1976 - 1980 ernsthaft diskutiert wird (vgl. Kindler, Fn. 17), zeigt an, daß die administrativen Bestimmungen gegen und die Kritik an unerlaubten Preiserhöhungen, wie sie Ende 1971 von Honecker zu hören war, nicht als Beendigung der Versuche anzusehen sind, über den Preismechanismus, über den ökonomischen Hebel des Preissystems u.a. sowohl ein einigermaßen exaktes Verhältnis von Aufwand und Ergebnis zu erzielen wie die Knappheit der Ressourcen, mitzubedenken. Insofern behält auch die Beschäftigung mit den teilweise gestoppten Maßnahmen ihre Aktualität, als die Aufgabenstellung hinsichtlich der Preisgestaltung dieselbe geblieben ist. Vgl. K. Ambree/H. Mann: Die Vervollkommnung der planmäßigen Preisbildung zur Sicherung der Einheit von materieller und finanzieller Planung. In: Wirtschaftswissenschaft 11/1972, S. 1642 ff.

- 34) Vgl. weiter unten S. 85 ff.

rungsfonds eingeführt wurde, der sich aus der Differenz der zu Betriebspreisen des Planjahres und des Basisjahres bewerteten Planproduktion ergibt.<sup>35)</sup>

Während einerseits als Vorteile dieses Preistyps ein einheitlicher Maßstab der Fondsrentabilität sowie für fondsintensive Betriebe die Sicherung des Investitionsbedarfs feststehen, ist es andererseits bereits fragwürdig, ob dieser Preistyp wirklich in der Lage ist, einen ökonomischen Orientierungsmaßstab für Investitionsentscheidungen zu bieten. Offenkundige Nachteile liegen darin begründet, daß die gezwungenermaßen stärker arbeitsintensiven Zweige benachteiligt sind, daß zum andern die Knappheit der Arbeitskräfte nicht mitreflektiert wird, was in dem Ressourcenpreisvorschlag z.B. von Kindler jedoch Berücksich-

tigung findet, in dem das Problem der Substitution zwischen produktiven Fonds und Arbeitskräften bedacht wurde.<sup>36)</sup>

Die Förderung des technischen Fortschritts und ein sparsamer Umgang mit den vorhandenen Grund- und Umlaufmitteln schien mit dem fondsbezogenen Industriepreis, bei dem der Gewinn auf die zur Produktion gesellschaftlich notwendigen Grund- und Umlaufmittel bezogen wird,

$$p = c + v + K \cdot k_3 \quad (37)$$

gesichert. Auch dieser Preistyp wird aus den schon erwähnten Gründen nicht – falls das überhaupt möglich ist – den an ihn gestellten Aufgaben gerecht. Darauf verweist die Diskussion um den gemischten Preistyp, der für den Planzeitraum 1976 – 1980 im Gespräch ist und sichern soll, daß mit den Arbeitskräften sparsamer umgegangen wird. Dies soll mittels eines Arbeitskräftefonds<sup>38)</sup> neben dem Grundmittelfonds – z.B. in Form von Bildungsfonds – und nicht in Form von Lohnfonds, da eine solche Summe als zu klein angesehen wird, insofern der Arbeitende nicht das erhält, was in ihn „investiert“ wurde, erreicht werden, womit man nachträglich zugibt, daß der Wertpreis schon allein von diesem Aspekt aus nicht einmal dem eigenen Anspruch entsprach. Anders ausgedrückt heißt das, daß nicht nur der technische Fortschritt und die grundmittelintensiven Zweige bei der Preisbildung bedacht werden sollen, sondern daß die Preisbildung so vorgenommen wird,

35) Heyde u.a. (Fn 25, S. 51) geben ein Beispiel:

„Beispiel: Planung des Preisänderungsfonds für 1970 beim Herstellerbetrieb  
Planproduktion zu Betriebspreisen

Basisjahr	1300
Planjahr	1265
Differenz (= Preisänderungsfonds)	35

Bei den Abnehmern werden die Auswirkungen der Industriepreisänderungen aus den Vorstufen beim Nettogewinn berücksichtigt. Die sich aus der Differenz des planmäßigen Verbrauchs an Erzeugnissen und Leistungen zu Einstandspreisen des Basisjahres und des Planjahres ergebende Gewinnänderung aus Preisänderungen der Vorstufen ist von den Abnehmern zu ermitteln. Die bei der Planausarbeitung so ermittelte Gewinnänderung gilt in dieser Höhe auch für die Plandurchführung und Planabrechnung. Der Nachweis der Auswirkungen aus den Vorstufen und die Berücksichtigung derselben bei der Planung hat jedoch von den Abnehmern nur dann zu erfolgen, wenn der wertmäßige Anteil der von Industriepreisänderungen betroffenen Erzeugnisse und Leistungen aus Vorstufen an den Gesamtselbstkosten ihrer Produktion zu Industriepreisen des Planjahres 3 Prozent übersteigt.“

36) Vgl. Melzer (Fn 16), S. 328. Melzer betont den Vorteil für „kapitalintensive“ Betriebe, weiterhin die Verbesserung der Orientierungsmaßstäbe für Investitionen, den einheitlichen Maßstab der „Kapitalrentabilität“. Als Nachteile hebt er die Verwendung der tatsächlich gegebenen Höhe der Grund- und Umlaufmittelbestände hervor, da sowohl Betriebe mit mangelnder Kapazitätsauslastung, mit technisch veralteter Ausrüstung als auch mit zu hohen Umlaufmittelbeständen sich überhöhte Gewinne aneignen können. Auch die Orientierung des „Kapitaleinsatzes“ an den günstigst wirtschaftenden Betrieben ist keineswegs unproblematisch, da sie nicht unbedingt ihre Reserven offenlegen. Zum andern werden die gezwungenermaßen stärker arbeitsintensiven Zweige vernachlässigt.

Negativer beantworten R. Maas/Weisheimer: Preisverflechtungsmodell des gesellschaftlichen Gesamtprodukts (I). In: Sozialistische Finanzwirtschaft, 24/1969, S.17 ff die Frage, inwieweit der skizzierte Preistyp als Orientierungsmaßstab für Investitionsentscheidungen angesehen werden kann, weshalb sie verschiedene Varianten untersuchen. Variante 1: Reineinkommen proportional den produktiven Fonds, die sich aus dem Bruttowert der Grund- und Umlaufmittel zusammensetzen. Variante 2 und 3: Zurechnungsbasis für das Reineinkommen sind fiktive produktive Fonds, Variante 4: 70% der Reineinkommensmasse auf Basis der produktiven Fonds (Variante 1), die restlichen 30 % proportional zu den Lohnsummen. Demgegenüber will Kindler den Teil des Reineinkommens, der auf den Arbeitskräftefonds bezogen wird, nicht auf die Lohnsummen als Teil des laufenden Aufwandes, sondern auf die gesellschaftlich notwendigen Bildungskosten, somit auch auf den „einmaligen Aufwand“ (analog zu den produktiven Fonds) bezogen wissen.

37) Melzer (Fn 16), S. 325

38) Kindler (Fn 17)

daß der sinnvollste Einsatz aller Mittel, also auch der Arbeitskräfte bewirkt wird.<sup>39)</sup>

Beim sogenannten Preistyp, wie er für 1976 - 1980 im Gespräch ist, wird – wie schon erwähnt – das Reineinkommen zumindest auf Arbeitskräftefonds und Grundmittelfonds

$$p = c + v + K \cdot k_a + v \cdot k_b \quad 40)$$

zugleich bezogen sein, falls nicht noch andere Ressourcen, z.B. in Gestalt einer Bodenfondsabgabe, hinzugezogen werden. Ein derartiger Preistyp wäre insofern vorteilhaft, als die Betriebe genauere Überlegungen anstellen müßten, ob sie Produktionsmittel durch lebendige Arbeit bzw. umgekehrt ersetzen. Die Frage bleibt allerdings, wie hier richtig dosiert wird, in welchem Verhältnis Produktionsmittel und lebendige Arbeit jeweils zueinander als gesellschaftlich notwendig anzuerkennen sind<sup>41)</sup> und wie dies berechnet werden soll, denn was einzelwirtschaftlich betrachtet rentabel ist, braucht gesamtwirtschaftlich gesehen noch keineswegs am effizientesten zu sein.

Eine weitere Gefahr birgt der eingeführte fondsbezogene Industriepreis insofern, als eine zu hohe Fondsausstattung zu überhöhten Gewinnen führen kann. Dem kann entgegengewirkt werden, indem normativ ein jeweils notwendiger Fondsaufwand festgestellt wird;<sup>42)</sup> wie der allerdings ermittelt werden soll, stellt eines der Hauptprobleme der Planwirtschaft schlechthin dar.<sup>43)</sup> (Um zu verhindern, daß unnötig hohe Fondsausstattung bzw. unnötig hohe Umlaufmittel, also volkswirtschaftlich schädliches Verhalten zu Extragewinnen, folglich unplanmäßigen Gewinnen führt, wurde eine 6%ige Produktionsfondsabgabe eingeführt, denn es sollen nur die produktiven Fonds berücksichtigt werden, die in den betreffenden Industriezweigen gesellschaftlich notwendig sind.) Eine stringente sog. Anwendung der Arbeitswerttheorie müßte hier Berechnungen auf der Grundlage eines objektiven Wertbegriffes durchführen – ein Verfahren, das von Bettelheim in seinem Buch „Theorie und Praxis sozialistischer Planung“<sup>44)</sup> vertreten wurde. Da dies nicht möglich ist, sich eine ausschließliche Festlegung von Nutzeffektivitätskriterien ex ante also unmöglich erweist, ergibt sich das Problem der doppelten Wirtschaftsrechnung – einer Wirtschaftsrechnung ex ante und ex post. Damit die Wirtschaftsrechnung

39) Vgl. H. Nick: Warum fondsbezogener Preistyp? Berlin 1968. Desweiteren G. Ebert/G. Koch/F. Matho/H. Milke: Ökonomische Gesetze im gesellschaftlichen System des Sozialismus. Berlin 1969. Weiterhin K. Ambree/J. Börsche/F. Matho: Theoretische Grundlagen der Entwicklung des Preissystems im ökonomischen System des Sozialismus. In: Wirtschaftswissenschaft, 7/1970, S. 992 ff. Sowie G. Ebert/F. Matho/H. Milke: Optimalpreis und fondsbezogener Preis. In: Wirtschaftswissenschaft, 11/1968. Aus dem zuletzt erwähnten Aufsatz geht hervor, was sich durchgängig sagen läßt, daß nämlich die Frage des Arbeitskräftefonds primär von Vertretern der Optimalpreistheorie gestellt wurde, bei der im Vordergrund die Knappheit der Ressourcen steht, nicht dagegen der sog. gesellschaftlich notwendige Arbeitsaufwand. D.H.: sie gehen nicht von einer Anwendung des Wertgesetzes aus. Vgl. auch Melzer (Fn 16), S. 323-325, S. 329-331. Zur Frage des Verhältnisses von Produktionsfonds und Arbeitskräftefonds beim fondsbezogenen gemischten Preistyp vgl. die Kritik von Kindler (Fn 17) an Nick.

40) Melzer (Fn 16), S. 329

41) Vgl. R. Kindlers Ausführungen in bezug auf den von Nick gemachten Vorschlag, für die Bezugsbasis der Reineinkommensrate zu 70 % den Produktionsfonds und zu 30 % den Lohnfonds zu wählen. Ob dieser Vorschlag dem gegebenen Verhältnis der beiden Ressourcen gerecht wird, bleibt fraglich.

42) Vgl. Melzer (Fn 16), S. 328 und Maaß/Weisheimer (Fn 39) Variante 2 und 3

43) Vgl. den vorstehenden Aufsatz.

44) Bettelheim, Theorie . . . . . (Fn 4)

ex post eine wirkliche Wirtschaftsrechnung ist und nicht bedingt durch die Einbettung in eine Wirtschaftsrechnung ex ante einerseits und irrationale Reaktionen der „Basis“ andererseits noch hinter die kapitalistische Sicherung der einzelwirtschaftlichen Rentabilität zurückfällt, bedarf es eines durchdachten Preissystems, das die Betriebe zur gesellschaftlichen Rechnungsführung anhält.

Statt diesen hinsichtlich der Funktionsmöglichkeiten der Planwirtschaft problematischen Zusammenhang zu reflektieren, womit die Notwendigkeit des Gebrauchs von Wertkategorien transparent würde, „wendet“ die DDR vorgeblich das Wertgesetz im Sinne der Feststellung des gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwandes (und zur proportionalen Verteilung) an. Wie kann jedoch festgestellt werden, was gesellschaftlich notwendig ist? Wird das, was als gesellschaftlich notwendig anerkannt wird, normativ festgelegt? Wie werden dann die Kriterien für die normative Festlegung gewonnen? Andere Schwierigkeiten kommen hinzu, wie die, daß die Produktion sich nicht nur am Gewinn (sprich dann Profit), sondern auch an der Notwendigkeit bestimmter Gebrauchswerte in bestimmten Mengen orientieren muß, wodurch zeitweilig auch Betriebe, die ohne ihr Verschulden unrentabel arbeiten, erhalten bleiben müssen. Diese Betriebe bedürfen dann jedoch gewisser Subventionen, sollen sie nicht für mangelnde Rentabilität, für die sie nichts können, bestraft werden, was dem Prinzip: jedem nach seiner Leistung, zu wiederliche.

Wenn die Industriepreise nur dann bestimmte Hebelwirkungen haben, falls sie den gesellschaftlich notwendigen Aufwand richtig messen und als gesellschaftliche Norm strenge Maßstäbe für seine Entwicklung setzen, ist dann der gesellschaftlich notwendige Aufwand als ein unter normalen Bedingungen anerkannter notwendiger Aufwand zu verstehen und wenn ja, kann er dann als gesellschaftliche Norm strenge Maßstäbe für die Entwicklung, für den technischen Fortschritt setzen. Dies ist doch wohl nur in Bezug auf die Betriebe möglich, die unter der Norm liegen, was bedeutet, daß damit nicht gerade der technische Fortschritt stimuliert würde. Im Gegensatz hierzu wird im Kapitalismus über das Streben nach Profit der technische Fortschritt weitergetrieben; diejenigen, die nicht nachkommen, gehen ein, d.h. der gesellschaftlich notwendige Aufwand sinkt. Somit hätte das planerische Orientieren um Durchschnitt keineswegs etwas mit einer Anwendung des Wertgesetzes zu tun, der technische Fortschritt würde nicht stimuliert, vielmehr der vorhandene Zustand fortgeschrieben. Handelt es sich jedoch um eine gesellschaftliche Norm, die anders – jedoch wie? – ermittelt wird, kann ebenfalls nicht von einer Anwendung der Arbeitswerttheorie gesprochen werden. „Mit überbetrieblichen Normativen werden erhebliche Reserven zur Senkung der Gemeinkosten in den Betrieben aufgedeckt. Grundlage überbetrieblicher Normative sollen Bestwerte sein. Die oftmals anzutreffende Auffassung, den überbetrieblichen Normativen Durchschnittswerte zugrunde zu legen, wird den an diese Normative zu stellenden Anforderungen nicht gerecht. Mit der Kenntnis der Gemeinkosten im besten Betrieb und dem Wissen um ihre Höhe im eigenen Betrieb werden die Normative zu echten Führungsgrößen für den zielgerichteten Kampf um die Senkung der Gemeinkosten im sozialistischen Wettbewerb.“<sup>44a)</sup>

Eine wesentlich hiervon abweichende Einschätzung und Problematisierung liefern Ambree u.a.<sup>44b)</sup>, wenn sie ausführen, daß die wachsende Zahl der Alleinhersteller keinen Vergleich der Produktivität mehr ermöglicht. „Damit wird der

44a) Heyde, Fragen . . . . . (Fn 25), S. 111 f

44b) Ambree, Theoretische . . . . . (Fn 39), S. 1002

betriebsindividuelle Aufwand immer mehr zur Grundlage für die Höhe der Selbstkosten. Auf dem herkömmlichen Weg ist keine Objektivierung dieser Kosten zu gesellschaftlich notwendigen Selbstkosten mehr möglich.“

Die gesellschaftliche Norm kann sich entweder dadurch ergeben, daß auch unrentable Betriebe unter dem Aspekt ihrer Gebrauchswertproduktion mitbedacht werden, wodurch die gesellschaftliche Norm sehr sänke, oder aber man hat dabei vornehmlich den technischen Fortschritt im Auge, wodurch Meß- und Hebelfunktion tendenziell zusammenfielen, und muß Betriebe, die hier nicht mithalten können, zeitweilig von einem solchen Preistyp aussparen – so daß es zweierlei Formen von Anwendung des Wertgesetzes gibt – wie das ja bezogen auf die Einführung des fondsbezogenen Industriepreis gemacht wurde und gemacht werden mußte, wollte man nicht zu stark zum Mittel der Subventionen zurückkehren.

Abgesehen davon, daß es hier darum geht, die sogenannte Anwendung der Marx'schen Arbeitswerttheorie nach ihrem Verständnis von Kritik und Theorie zu hinterfragen und aufzuzeigen, daß in der Praxis von diesem Anspruch wenig übrig bleibt, muß eingeräumt werden, daß hier ein ganz grundsätzliches und sehr schwieriges Problem liegt: Wie lassen sich Nutzeffektivitätskriterien für Investitionen und für die Überprüfung der betrieblichen Aufwandes ermitteln? Wie wird sich das Verhältnis von gesamtwirtschaftlicher Effizienz und einzelwirtschaftlicher Rentabilität in solchen Nutzeffektivitätskriterien niederschlagen? Mit diesen noch ungelösten Problemen ist in letzter Konsequenz die Frage nach den planwirtschaftlichen Möglichkeiten gestellt, nämlich danach, inwieweit die Wirtschaftsrechnung tatsächlich ex ante oder inwieweit sie nur ex post durchgeführt wird.

Die Einführung einer Produktionsfondsabgabe ist bedingt durch diese grundsätzlichen Schwierigkeiten. Sie ist das Eingeständnis der Tatsache, daß nicht von vornherein eine Kongruenz zwischen einzelwirtschaftlicher Rentabilität und gesamtwirtschaftlicher Effizienz gegeben ist, die sich in dementsprechenden Nutzeffektivitätskriterien niederschlagen könnte. Um jedoch die Problematik nicht dem Selbstlauf zu überlassen, vielmehr stimulierend zu wirken, ohne ungerechtfertigte Gewinne zu ermöglichen, führte man einen indirekten Mechanismus ein, der die Betriebe zu wirtschaftlichem Verhalten veranlassen soll, weil eben nicht direkt vorgegeben werden kann, was wirtschaftlich optimales Verhalten ist. Zu diesem Zweck soll die Produktionsfondsabgabe, die als wichtiges Korrektiv unabhängig zum fondsbezogenen Industriepreis gehört, dienen.<sup>45)</sup> Die Produktionsfondsabgabe<sup>46)</sup>

45) Wie wenig gesichert bei der Einführung des fondsbezogenen Industriepreises die Lösung einiger grundlegender Probleme waren, wie wenig somit die Außerkraftsetzung als endgültig angesehen zu werden braucht, zeigen die Fragen nach Einbezug anderer Ressourcen; die Fragen nach Kriterien für eine Differenzierung des Reineinkommens; die Frage, ob die Brutto- oder Nettowerte der Grundfonds zur Bemessung des Reineinkommens heranzuziehen sind; die Frage nach den Methoden zur Ermittlung des gesellschaftlich notwendigen Fondsaufwandes. Vgl. Heyde u.a. (Fn 25), S. 25, Maaß/Weisheimer (Fn 36), S. 17, Ambree u.a. (Fn 39) S. 1000 ff, Kindler (Fn 17), S. 44 und H. Mann: Volkswirtschaftliche Effektivität und Preis. In: Wirtschaftswissenschaft, 1/1969, S. 49 ff. Für westdeutsche Leser ist das Verhältnis von Produktionsfondsabgabe und fondsbezogenem Industriepreis kurz bezeichnet von dem DDR-Ökonomen D. Klein: Lebendiger Leninismus in der DDR. Frankfurt 1971, S. 73 f. P. Strotmann hebt dagegen hervor, daß zuerst die Produktionsfondsabgabe eingeführt wurde, weshalb man dann gezwungen war, mit dem fondsbezogenen Industriepreis nachzuziehen, sollten nicht die kapitalintensiven Zweige und damit der technische Fortschritt völlig vernachlässigt werden. P. Strotmann: Die Rolle des Gewinns im ökonomischen System der DDR. Diplom-Arbeit FU Berlin 1971, FB 10. Die zeitliche Reihenfolge von Einführung der Produktionsfondsabgabe (die 1966/67 allmählich in ausgewählten Bereichen eingeführt wurde) und Einführung des fondsbezogenen Industrie-

soll nicht einfach eine Abführung zugunsten des Staatshaushalts ähnlich anderen Abgaben sein. Vielmehr wurde sie als ökonomische Kategorie im System der wirtschaftlichen Rechnungsführung eingeführt. Sie stimuliert in Ermangelung einer auch nur annähernd von vornherein exakten Feststellung der branchenspezifischen gesellschaftlich notwendigen Produktionsfonds eine bessere Nutzung der produktiven Fonds zwecks Erhöhung des betrieblichen Gewinns, während ohne sie besondere betriebliche Gewinne durch unnötig hohe Fondsausstattung erzielt werden könnten, folglich Gewinne auf Kosten gesamtgesellschaftlicher Interessen und gesamtwirt-

preis wird von Strotmann dahingehend interpretiert, daß sich hier eine „Kettenwirkung des Prinzips der materiellen Anreize und der ökonomischen (zeigt), die zu einer immer umfassenderen Wiederbelebung der ökonomischen Kategorien des Kapitalismus führt“ (a.a.O., S. 109). Mit dieser „Wiederbelebung kapitalistischer Kategorien“ setzt eine Entwicklung ein, die „in Konflikt mit der Marx'schen Werttheorie (gerät), nach der allein die lebendige Arbeit Werte schafft“ (a.a.O., S.113), „Ein Versuch, die marxistische Werttheorie anzuwenden, wird nicht mehr gemacht“ (ebd.). Strotmann hat hier mit denjenigen, die er kritisiert, einen wichtigen Aspekt gemein, er macht genauso wie sie die Marx'sche Kritik am Kapitalismus zu einer ahistorischen Theorie, die auch im Sozialismus angewandt werden muß. Die Frage nach der ökonomischen Effizienz stellt sich für ihn nicht, weil für ihn von vornherein die Entscheidung für ein stark zentrales Modell gegeben ist, ohne daß er zentrale bzw. dezentrale Modelle auf ihre Effizienz für die Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums bereit ist durchzuspielen. Die unbefragte Betonung der Zentrale wundert insofern besonders, als Strotmann an anderer Stelle eine neue Bourgeoisie bzw. Klassenherrschaft über die Arbeitenden in der DDR festgestellt hat, was konsequenterweise strategisch auf stärker dezentrale Forderungen hinauslaufen müßte.

Solange man jedoch nicht von der völlig undifferenzierten Behauptung einer neuen Bourgeoisie bzw. eines Staatskapitalismus ausgeht und solange man gleichzeitig Ware-Geld-Kategorien kennt, ist die Frage nach dem richtigen Preistyp eine Frage nach seiner Wirksamkeit gemessen an den Funktionen des Preises in einer sozialistischen Gesellschaft und nicht eine Frage der richtigen Anwendung der Kritik am Kapitalismus als Theorie für den Sozialismus. Vgl. zur Frage des Klassencharakters E. Mandel: Zur Theorie der Übergangsgesellschaft (I). Permanente Revolution Materialien Nr. 1 Berlin 1972, S. 71 ff. Mandel betont m.E. zurecht, daß das verstaatlichte bzw. vergesellschaftete Eigentum auch in den „postkapitalistischen“ Ländern nicht lediglich als eine juristische Kategorie angesehen werden kann, da es zentrale Entscheidungen über wichtige Investitionen, Preisentwicklung, Löhne etc. beinhaltet.

46) Vgl. den Beschluß über die weitere Anwendung der Produktionsfondsabgabe im Bereich der volkseigenen Industrie und des volkseigenen Bauwesens – Auszug – vom 2. Febr. 1967. GBl. der DDR, II, 1967, S. 115. Vgl. weiterhin die Verordnung über die weitere Anwendung der Produktionsfondsabgabe im Bereich der volkseigenen Industrie und des volkseigenen Bauwesens vom 2. Februar 1967. GBl. der DDR, Teil II, S. 115. Zum Verhältnis von fondsbezogenen Preistyp und Produktionsfondsabgabe vgl. K. Ambree/F. Matho: Nochmals zur Problematik eines richtigen Preisbildungsprinzips. In: Wirtschaftswissenschaft, 2/1966, S. 216 f. Ambree/Matho setzen sich bereits hier für die Einführung des fondsbezogenen Industriepreises ein, auf den man folglich nicht erst verfiel, als man die Produktionsfondsabgabe eingeführt hatte, wie Strotmann zu behaupten versucht, um aufzuzeigen, daß man immer mehr in kapitalistische Mechanismen aufgrund von „Kettenwirkung“ hineinschlittert.

Melzer bezeichnet die Produktionsfondsabgabe als eine auf das „Bruttoanlagevermögen“ und die Umlaufmittelbestände bezogene Steuer, während Buck von einem „Kapitalzinnsurrogat“ spricht. Dem Kapitalzins entspricht die Produktionsfondsabgabe jedoch Melzer zufolge richtigerweise deshalb nicht, weil die Produktionsfondsabgabe nicht als Kostenfaktor verrechnet wird, vielmehr aus dem Gewinn zu finanzieren ist. „Die aus dem Zins resultierenden Kapitalkosten rechnen somit nicht zu den Verarbeitungskosten und sind damit auch nicht Bestandteil der Bezugsbasis des Gewinns. Die Folge ist, daß die Betriebe nach einer Maximierung ihres Nettogewinns (Bruttogewinn abzüglich der Produktionsfondsabgabe) streben, womit sie mit dieser Abgabe sofort zur Verbesserung ihres Kapitaleinsatzes angeregt werden.“ (Fn 16, S. 332) Bei sparsamem Umgang mit den Grundmitteln steigt also der Nettogewinn.

schaftlicher Effizienz.<sup>47)</sup>

Bürgerlichen Kritikern zufolge verweist die volkswirtschaftlich einheitliche Rate des Reineinkommens, bei der der einmalige Aufwand über eine normative Gewinnrate – die das Verhältnis zwischen „volkswirtschaftlich notwendiger“ Gewinnsomme und „produktiven“ gesellschaftlich notwendigen Fonds ausdrückt – in den Industriepreis einbezogen wird, auf eine Orientierung am Produktionspreis, der von Marx im III. Band des „Kapital“ analysiert wurde und der den Ausgleich der Profitraten in sich schließt.<sup>48)</sup>

Wenn aber die Produktionsfondsabgabe eingeführt wird, weil die branchenspezifischen gesellschaftlich notwendigen Produktionsfonds nicht annähernd exakt ex ante feststellbar sind, dann hat das bereits unter diesem Aspekt mit der Bildung – und darauf kommt es entscheidend an – des Produktionspreises genausowenig zu tun, wie mit der Anwendung der Arbeitswerttheorie.

Dasselbe Problem wird – wie bereits angedeutet – angeschnitten, wenn man danach fragt, welche Kriterien genannt werden, um den ökonomischen Nutzen messen zu können, nämlich: einmaliger Aufwand, Kapazität, Arbeitsproduktivität, Arbeitskräfte, Materialeinsatz, Selbstkosten, Reineinkommen,<sup>49)</sup> wobei nicht im geringsten der Versuch unternommen wird, diese Kriterien auf den Faktor zu reduzieren, der allein Wertreichtum schafft, nämlich auf die Arbeit – zwecks Anwendung der Arbeitswerttheorie. Vielmehr wird der erreichte Stand der Verausgabung des gesellschaftlichen Arbeitsaufwandes – und damit isolierte Faktizitäten – auf den verschiedensten Gebieten unmittelbar zur Beurteilung zugrundegelegt, selbst abgesicherte normative Vorgaben hinsichtlich einzelner Kriterien in einzelnen Branchen können folglich nicht als gegeben angesehen werden. Der Kampf um wirtschaftliche Berechnungskennziffern bei der Kalkulation der Preise geht folglich um die Ermittlung z.B. fortschrittlicher Materialverbrauchsnormen<sup>50)</sup>, dieses Problem ist bereits so kompliziert, daß man erst gar nicht den Versuch unternimmt, einen Zusammenhang zwischen vergegenständlichter und lebendiger Arbeit herstellen zu wollen.

Planung soll hierbei das Wirken des Wertgesetzes, das ohne gesamtgesellschaftliche Planung im Konkurrenzkampf „fortschrittlichen“ Verbrauch von Material erzwingt, insofern größerer Profit damit verbunden ist, obsolet machen, indem sie einerseits versucht, normative Richtlinien vorzugeben, die die vorhandenen Bedingungen und die auf sie abgestimmten Maßnahmen zur Übereinstimmung bringen sollen, und indem sie andererseits mittels des Gebrauchs von Wertkategorien gelenkte Wirtschaftsrechnung ex post durchführt. Planung versucht so mittels des geplanten Einsatzes der Wertkategorien diese allmählich in ihrem naturwüchsigen Wirken und ihren Auswirkungen einzuschränken und überflüssig zu machen. Indem das Rekurrenieren auf die verschiedenen notwendigen Mittel

- 47) Vgl. die von Melzer (Fn 16, S. 332) skizzierten Nachteile der Produktionsfondsabgabe bis zur vollständigen Einführung des fondsbezogenen Industriepreises, wobei die Nachteile dadurch entstehen, daß die Produktionsfondsabgabe aus dem Gewinn zu finanzieren ist und nicht als Kostenfaktor verrechnet wird.
- 48) Vgl. zum Verhältnis Produktionspreis – fondsbezogener Industriepreis: Ambree/Matho (Fn 46), S. 119 ff; H. Mann, Notwendige Veränderungen (Fn 9); Ambree u.a., Theoretische Grundlagen (Fn 39); Heyde u.a., Fragen (Fn 25); Hofmann, Das Wertgesetz (Fn 7); F. Haffner, Das sowjetische . . . (Fn 16); ders.: Probleme der zentralen Preisbildung In: Sowjetunion. Das Wirtschaftssystem. Köln-Graz 1965; J. Rudolph: Die Ausnutzung des Gesetzes der Preisbildung im neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. In: Wirtschaftswissenschaft, 7/1963. Autorenkollektiv: Lehrbuch der politischen Ökonomie. Sozialismus. Berlin 1972, S. 390
- 49) Vgl. Heyde u.a. (Fn 25), S. 138
- 50) Vgl. Richtlinie (Fn 33), S. 497

80

des Arbeitsprozesses (in der bürgerlichen Ökonomie: auf die Produktionsfaktoren) keine gesellschaftlich verschleiernde Funktion mehr hat, ist die gesellschaftliche Funktion der werttheoretischen Betrachtungsweise kaum mehr gegeben, auf alle Fälle nicht mit dem kategorialen Rahmen von Wesen und Erscheinung. Der fondsbezogene Industriepreis soll aufgrund bestimmter gesellschaftlicher und ökonomischer Zielvorstellungen bewußt geplant werden; er ist intensional den gesamtgesellschaftlichen wie den gesamtwirtschaftlichen Zielvorstellungen untergeordnet – ein Unterordnungsverhältnis, das in der Praxis bisweilen umgangen wird. Selbst wenn der fondsbezogene Industriepreis mit dem Produktionspreis übereinstimmen würde, wie bürgerliche Kritiker fälschlicherweise meinen, hätte er mit diesem lediglich die Einzelheiten gemein, da Preis nicht mehr gleich Preis ist. Fondsbezogener Industriepreis und Produktionspreis sind von einer anderen gesellschaftlichen Qualität. Aber auch ihre formale Übereinstimmung ist nicht gegeben, was sich bei der Produktionsfondsabgabe daran zeigte, daß nicht einmal die branchenspezifischen gesellschaftlich notwendigen Fonds, die branchenspezifischen Nutzeffektivitätskriterien hinsichtlich der notwendigen Mittel des Arbeitsprozesses exakt und ex ante ermittelbar sind, ganz zu schweigen von dem Problem der Anwendung der Arbeitswerttheorie, d.h. der Reduktion der gesellschaftlich notwendigen Mittel des Arbeitsprozesses auf lebendige Arbeit.

Melzer z.B. vertritt die Ansicht, daß mit dem skizzierten Preistyp für den Sozialismus der „Produktionspreis“ akzeptiert wurde, womit er die Anerkennung der „Produktivität des Faktors Kapital“, was im Gegensatz zur Marxschen Arbeitswerttheorie stehe, verbunden sieht.<sup>51)</sup> Abgesehen davon, daß Melzer damit nicht verstanden hat, daß der Produktionspreis<sup>52)</sup> in keinerlei Gegensatz zur Marxschen Wertanalyse steht, weshalb erst die Analyse des Produktionspreises auch die Richtigkeit der Wertanalyse bestätigt; abgesehen davon, daß die bürgerlichen Produktionsfaktorentheoretiker wie Melzer erklären müßten, wie eigentlich der sogenannte Produktionsfaktor Kapital zustande kommt bzw. ob er auf einer grundlegenden Ebene als eigenständiger Faktor angesehen werden kann, ist die Frage nach dem Faktor „Kapital“ bzw. dem einmaligen Aufwand in der DDR ein weitgehend rechnerisches Problem<sup>53)</sup>, während der Faktor Kapital in der kapitalistischen Gesellschaft ein gesellschaftlich-antagonistisches Problem darstellt. Durchaus vorhandene Herrschaftsverhältnisse in den osteuropäischen sozialistischen Staaten bedürfen daher einer anderen Erklärung.

Der Einbezug vergegenständlichter Arbeit bzw. der umfassende Einbezug der Produktionsmittel in die Preisbildungsüberlegungen kann nur den als „unmarxistisch“ irritieren bzw. konvergenztheoretisch erfreuen, der nicht begriffen hat, daß die Marxsche Aufdeckung der Produktionsfaktoren Kapital, Arbeit, Boden die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft zwecks Vermehrung des Kapitals und Erhaltung seiner Herrschaft aufzeigen und nicht der Erklärung der Preisbildung dienen sollte. Auch wenn in der DDR tatsächlich die Preise ex ante so gebildet würden, wie Marx dies im 3. Band schildert, so besagte dies gesellschaftlich betrachtet überhaupt nichts, da sich an dieser spezifischen Preisbildung

- 51) Vgl. Melzer (Fn 16), S. 327. Desweiteren Haffner, Probleme (Fn 48), S. 196 f; Rudolph, Die Ausnutzung (Fn 48), S. 1041 ff
- 52) Vgl. Fn 48
- 53) Daß das aber nicht nur ein rechnerisches Problem ist, zeigen die Maßnahmen vom Herbst 1970, die schärfere Kontrollen gegen betriebliches Gewinnstreben, so es nicht auf wirklicher Leistung beruht, mit sich brachten.

keine gesellschaftlichen Herrschaftsprobleme festmachen<sup>54</sup>), Herrschaft dadurch nicht naturwüchsig perpetuiert wird, rechnerisch-ökonomisch hinsichtlich der Nutzeffektivitätskriterien wäre dies sogar ein Fortschritt.

Daß der Gewinn auf die vergegenständlichte Arbeit bezogen wird, sagt nichts darüber aus, daß nur die lebendige Arbeit Wertreichtum schafft. Von einem Produktionspreis — angenommen der fondsbezogene Industriepreis wäre in den Einzelheiten gleich dem Produktionspreis — kann nur gesprochen werden, wenn der Gewinn eine Aneignungskategorie des Kapitals ist und die vergegenständlichte Arbeit als Neuwertproduzent erscheint. Dies ließe sich in — den dann freilich ehemals — sozialistischen Staaten nur denken, wenn sich die Verstaatlichung des Eigentums an Produktionsmitteln auf Gruppeneigentum reduziert, auf dessen Ebene sich bei vordergründiger Produzentendemokratie Aneignungsprozesse ähnlich denen in kapitalistischen Gesellschaften vollziehen. Die Betriebe sind dann aus dem Gesamtzusammenhang, der fast ausschließlich zu einem solchen ex post wird, entlassen. Der Widerspruch gebrauchter Wertkategorien löst sich, aus tendenziellen Kategorien gesellschaftlicher Rechnungsführung werden Kategorien der Aneignung.

Melzer irrt jedoch auch, was die Gleichsetzung des fondsbezogenen Industriepreises mit dem Produktionspreis hinsichtlich der technischen Konstruktion angeht. Erstens ist der Produktionspreis keineswegs der Preis, wie er auf dem Markt erscheint, er differiert also vom Marktpreis, vom Preis kapitalistischer Realität, vom unmittelbar vorhandenen Preis<sup>54a</sup>) und zweitens drücken sich beim Produktionspreis im Gewinn die Verwertungsbedingungen des Gesamtkapitals aus.

M.a.W.: es gibt in dieser Hinsicht kein sogenanntes ideologisches Problem bei der Preisbildung. Vielmehr muß allein die Frage gestellt werden, was der Preistyp in seiner Funktion als Meßinstrument, als ökonomischer Hebel und als Verteilungsinstrument bewirken kann und ob hier nicht miteinander kaum vereinbare Forderungen an einen bestimmten „Hebel“ — nämlich den Preis — gestellt werden. Zu fragen ist also allein danach, ob der Preis den gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand annähernd ausdrückt — abgesehen von der Frage, ob und wie der überhaupt ermittelt werden soll —, ob er die Wirkungen z.B. auf Hersteller und Abnehmer gleichermaßen erzielt, die er erzielen soll, ob er zu einem sparsamen Umgang mit den verschiedensten Ressourcen (abgesehen von vergegenständlichter und lebendiger Arbeit auch Boden etc.) anhält und ob er die Realisierungsbedingungen, somit u.a. auch die sozialpolitischen Belange, genügend berücksichtigt. Nicht die Frage, ob die Arbeitswerttheorie „angewendet“ wird, kann somit als Kriterium zur Beurteilung der Preisbildung gelten; vielmehr ist danach zu fragen, ob die gelenkte Wirtschaftsrechnung ex post zusammen mit der Wirtschaftsrechnung ex ante gesamtwirtschaftliche Effizienz besser sichert, als wenn man auf die Wirtschaftsrechnung ex post verzichtet, ob die gelenkte Wirtschaftsrechnung ex post bereits gewonnene Positionen hinsichtlich der Schaffung sozialistischer Produktionsver-

54) Weder an der spezifischen Preisbildung noch an den Wertkategorien als solchen lassen sich vorhandene Herrschaftsverhältnisse festmachen. Gerade weil hier nicht der mit der kapitalistischen Warenproduktion verbundene Schein der Freiheit herrscht, lassen sich die vorhandenen unmittelbar politischen Herrschaftsverhältnisse auch unmittelbar erkennen, es bedarf nicht erst der Reduktion der Erscheinungsebenen auf das Wesen, die Ware bzw. die Arbeit. Herrschaft ist transparent, da sie nicht mehr begründet wird in ökonomischer Machtstellung, das Verhältnis von Politik und Ökonomie ein anderes ist, gesellschaftliche Prozesse als gestaltete erfahren werden, während sie ansonsten als naturwüchsige erscheinen. Damit ist nicht gesagt, daß sich nicht aufgrund des Vorhandenseins von Wertkategorien zusätzlich gesellschaftliche Probleme ergeben.

54a) Der fondsbezogene Industriepreis hingegen differiert nur, wenn der Endverbraucherpreis bezogen auf den einzelnen Käufer bewußt ein anderer sein soll.

hältnisse in Frage stellt, ob die Kontrolle gegenüber Verselbständigungstendenzen der Wertkategorien gewahrt bleibt, ob besonders lebenswichtige Güter besonders billig sind, ob Lohndifferenzierungen verhältnismäßig gering sind etc.

Weiter oben war im Zusammenhang mit dem sogenannten Wertpreis von einer Anwendung der Arbeitswerttheorie die Rede, insofern dem Grundsatz — zu einem Grundsatz gerinnt hier nämlich die Marxsche Kritik — „Arbeit allein schafft den Wertreichtum“ dadurch Rechnung getragen wurde, daß man den Gewinn lediglich auf „v“ bezog und auch ansonsten keine Mechanismen kannte, die einen sparsamen Umgang mit vergegenständlichter Arbeit initiieren sollten. Damit wurden nicht nur gesellschaftliche Auswirkungen aufgrund noch wirksamer Wertkategorien zurückgedrängt, sondern auch wirtschaftliche Rechnungsführung nur sehr unzulänglich gesichert.

Bei den späteren Preistypen sieht man sich mit der Behauptung konfrontiert, daß im Preis die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit zum Ausdruck käme. Was es mit dieser Behauptung auf sich hat, habe ich auf den vorangegangenen Seiten darzulegen versucht, ohne damit in Frage zu stellen, daß prinzipiell in den Preisen die gesellschaftlichen Kosten einen Ausdruck finden müssen.

Etwas anderes ist darüberhinaus noch gemeint, wenn in der DDR von einer Anwendung bzw. Ausnutzung des Wertgesetzes gesprochen wird<sup>55</sup>). Es wird damit intendiert:

- eine Senkung des gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwandes
  - eine optimale Ausnutzung der „Produktionsressourcen“ (Forschung und Entwicklung, maschinelle Ausrüstung, Boden, etc.)
  - eine planmäßige Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit
  - ein äquivalenter Warenaustausch entsprechend dem in den Waren enthaltenen gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand.
- Die Wirkung des Wertgesetzes vollzieht sich danach über die Wertkategorien (z.B. Gewinn, Preis etc.), die planerisch gestaltet und benutzt werden
- zur Planung und Leitung der Volkswirtschaft
  - im Rahmen von Rechnungslegung und Kontrolle
  - zur materiellen Stimulierung
  - zur Produktionsorganisation
  - zur Stimulierung des technischen Fortschritts.

Dabei soll die „Hebelwirkung der Wertkategorien“ in eine „solch zwingende ökonomische Form“<sup>56</sup>) gebracht werden, daß den Betrieben nur vorteilhaft ist, was gesamtgesellschaftlich ebenfalls von Nutzen ist. Damit wird der Eindruck hervorgehoben, daß über einzelwirtschaftliche Rentabilität ein gesamtwirtschaftliches Optimum zustandekommen kann, was sich selbst dann nicht denken läßt, wenn das Streben nach einzelwirtschaftlicher Rentabilität sich innerhalb des vorgegebenen Rahmens abspielt. Gerade weil man nicht im jeweiligen Fall das gesamtwirtschaftliche Optimum bestimmen kann, ist man zur Lenkung mittels indirekter Mechanismen übergegangen. Gerade weil zentral gesamtwirtschaftlich optimales Verhalten genauso wenig bekannt ist wie der jeweilige gesellschaftlich notwendige Arbeitsaufwand, stellen die angeführten Maßnahmen den Versuch dar, die Betriebe mit der Orientierung am Gewinn an einzelwirtschaftlicher Rentabilität zu orientieren.

55) Vgl. Wörterbuch der Ökonomie. Sozialismus. Berlin 1969, Stichwort Wertgesetz und Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR. Berlin 1969, S. 277 ff

56) Vgl. die letzten Seiten des vorstehenden Aufsatzes.

Gesamtwirtschaftlich ist dabei der vorgegebene Rahmen, in dem sich betriebliche Aktivitäten entfalten können. In den verschiedenen Formen von Abgaben und ökonomischen Hebeln, die in verschiedenen Zweigen verschieden gebraucht werden können, kann die strukturelle Entwicklung stofflich grundsätzlich zentral determiniert werden, wertmäßig — im Sinne eines sparsamen Umgangs mit der gesellschaftlichen Arbeitszeit — hingegen verläßt man sich auf die durch indirekte Lenkungsmechanismen beeinflussten Aktivitäten der Betriebe.

Nun ist die Verwendung von Wertkategorien in der skizzierten Form nicht unproblematisch; zwar wird damit keineswegs Geld oder gar Kapital zum realen Gemeinwesen, die Gefahren von Verselbständigungstendenzen sind jedoch nicht völlig von der Hand zu weisen, obzwar der ganz andere Inhalt, den die Wertkategorien ausdrücken, gesehen werden muß. Sie drücken zwar nicht — und das können sie in der Tat nicht — einen unmittelbar gesellschaftlichen Charakter der Arbeit aus, wie in der DDR behauptet wird, sie drücken aber auch keine Aneignungsprozesse als Ausbeutungsprozesse, keinen formal freien Akt des Verkaufs und den tatsächlichen Zwang des Verkaufs der Arbeitskraft aus, worauf sich Herrschaft gründet. Die Wertkategorien sind nicht mehr bestimmende Form des Verhältnisses von Ökonomie und Politik, daher kann auch nicht von einer politischen Ökonomie des Sozialismus gesprochen werden. Lohndifferenzierungen, die selbst unter Berücksichtigung des seinerseits brüchigen Leistungsprinzips nicht ausweisbar sind, bzw. einseitige Stimulierung des persönlichen materiellen Interesses sind kein Gegenbeweis, vielmehr Ausdruck der primär politischen Tatsache, daß in den osteuropäischen Staaten noch zu keinem Zeitpunkt — außer vielleicht in der Anfangsphase der UdSSR — von einer Revolution und politischen Macht der Arbeiterklasse gesprochen werden kann. Die Partei handelte und handelt höchstens für die Arbeiterklasse — und das tut sie durchaus in ihrer ökonomischen Politik —, die Arbeiterklasse handelte jedoch kaum durch die Partei. Von Mitentscheidung und Mitplanung kann weitgehend keine Rede sein, selbst die formalen Möglichkeiten werden von den Individuen nur unzulänglich genutzt, wobei kritisch zu fragen wäre, wie es dazu kommt.

Bedenklicher als die Verwendung der Wertkategorien, die weitgehend nur die äußere Hülle mit den Wertkategorien in der kapitalistischen Gesellschaft gemein haben, ist die Interpretation dieser Maßnahmen in der DDR: „In der bewußten Ausnutzung des Wertgesetzes in der dem Sozialismus adäquaten Wertmodifikation . . . erweist sich die Richtigkeit und Lebenskraft der marxistischen Arbeitswerttheorie.“<sup>57)</sup> Ein andermal werden Ausführungen von Marx über die Grundrente als „geniale“ Voraussicht der sozialistischen Wertmodifikation im Rahmen der „sozialistischen Warenproduktion“ interpretiert.<sup>58)</sup> Erstens wird hier Marx zwecks Immunitisierung gegenüber Kritik, wie schon an anderer Stelle ausgeführt, ahistorisch als „Klassiker“ gehandhabt und zweitens wird vor Warenproduktion bzw. Wertgesetz schlicht das Gütezeichen sozialistisch gesetzt oder von einer sozialistischen Wertmodifikation gesprochen. Auch die letztere Vorgehensweise dient der Immunitisierung gegenüber Kritik. Ansonsten müßte diskutiert werden, daß die Aufnahme bestimmter Kategorien zwar sinnvoll, jedoch nicht unbedenklich ist. Damit würden offizielle Maßnahmen jedoch zur Diskussion gestellt und die Politik kritikfähig, während „objektive“ sozialistische Gesetze — das Wertgesetz wie das Gesetz der Ökonomie der Zeit überhaupt, das Gesetz der proportionalen Entwicklung etc.

57) Politische Ökonomie . . . (Fn 55), S. 280

58) a.a.O., S. 279

— der Kritik keinen Spielraum zubilligen. Gegen objektive Gesetze sozialistischer Observanz läßt sich nicht handeln, sie sind zu vollstrecken. So gesehen kann die Politik der Partei gar nicht falsch sein.

Von hieraus wäre m.E. zu diskutieren, wenn man die Entscheidungsstrukturen in der DDR genauer analysieren würde. Nicht die sehr beschränkte Verwendung der Wertkategorien als solche als vielmehr deren Interpretation, die ein Ausdruck der Tatsache ist, daß bestimmte Entscheidungsstrukturen nicht tangiert werden sollen, wäre genauer zu hinterfragen. So gesehen ist bei ökonomischen Analysen nicht in politisch-ökonomischer Absicht vorzugehen, die an ökonomischen „Sachverhalten“ gesellschaftliche Beziehungen grundsätzlich festmacht. Es steht keine politische Ökonomie des Sozialismus, sondern die ökonomische Politik einer weitgehend losgelösten „Avantgarde“ zur Diskussion, die die Ausübung von Herrschaft erneut zu einer besonderen gesellschaftlichen Funktion erhoben hat (wozu sie auch durch die Ausgangsbedingungen gezwungen war), die sich aber andererseits auch nicht aus ihrem Legitimationszusammenhang gelöst hat. Gerade hierfür ist der Verlauf der Wirtschaftsreformen durchaus ein Beweis.

#### 4.

Andere wichtige Aspekte zur Vervollkommung des Preissystems<sup>59)</sup>

Desweiteren muß im Zusammenhang mit dem fondsbezogenen Industriepreis, um die Komplexität der Problematik zu begreifen, die ökonomische Kategorie der Nettogewinnabführung<sup>60)</sup> gesehen werden. Der um die Produktionsfondsabgabe verminderte Gewinn wird als Nettogewinn bezeichnet; werden die Fonds besser genutzt, steigt somit dieser Gewinn, da mit dem gleichen Aufwand an Produktionsmitteln und Arbeitskräften jetzt eine größere Warenmasse produziert wird. Der Gewinn pro Einzelware steigt bei gleichbleibenden bzw. fallenden Preisen durch das Sinken des Arbeitsaufwandes.

Das Normativ der Nettogewinnabführung wird als Prozentsatz auf den zu erwirtschaftenden Nettogewinn vorgegeben, es kann bis zu 56 % des Nettogewinns betragen. Ist der erwirtschaftete Gewinn niedriger als der Mindestbetrag der Nettogewinnabführung, so ist der erwirtschaftete Nettogewinn abzuführen.<sup>61)</sup> Die verschiedene Höhe der Nettogewinnabführung dient vornehmlich einer sinnvollen Strukturpolitik bzw. einer planmäßigen proportionalen Entwicklung der verschiedensten Industriebereiche, der Gewinn ist demzufolge nicht der einzige Indikator für die ökonomische Entwicklung der Einzelbetriebe. Die angestrebte Verteilung des gesellschaftlichen Arbeitsaufwandes auf die verschiedenen Produktionszweige wird, u.a. über die differierende Höhe der Nettogewinnabführung für die verschiedenen Branchen und Betriebe zu erreichen versucht. Die VVB erhielten für die Jahre 1969/70 Zweignormative, die mit einem jährlichen Mindestbetrag verbunden waren. Damit sollte auch die kurzfristige Planung der Betriebe flexibler gehalten und stärker in die Eigenverantwortung verlegt werden.<sup>62)</sup>

59) Vgl. weiter oben S. 70 f.

60) Vgl. Die Anordnung über die Bildung und Verwendung von Fonds aus der Anwendung von Normativen der Nettogewinnabführung und der Amortisationsabführung in den Jahren 1969 und 1970 vom 26. Juni 1968, GBl. der DDR, II, 1968, S. 494

61) Diese Regelung wurde mit den Maßnahmen vom Dez. 1970 geändert. Vgl. Mitzscherling Die Wirtschaft (Fn 11) und Fn 22

62) Vgl. Heyde u.a. (Fn 25), S. 19. Strotmann macht insbesondere die Zweignormative für zwei Jahre verantwortlich für die Krisen, die im Jahre 1970 zum Ausbruch kamen.

Wesentlich gravierender als das Problem eines Normativs der Nettogewinnabführung, das aus der geplanten Strukturpolitik abzuleiten ist, ist die Frage: wie kann die Starrheit des Preissystems aufgehoben werden, ohne daß die Preise naturwüchsige Veränderungen aufweisen und Eigendynamik gewinnen? Umgekehrt kann gefragt werden: wozu bedarf es denn überhaupt einer solchen Beweglichkeit? An der Notwendigkeit einer solchen Beweglichkeit kann, wenn man nicht wieder nach ein paar Jahren eine Industriepreisreform durchführen will, nicht gezweifelt werden und zwar aus zwei Gründen, die sich gegenseitig bedingen. Einmal ist eine zentrale Planung, die mit Wertkategorien arbeitet, darauf angewiesen, daß die Wertkategorie Preis annähernd die gesellschaftlichen Kosten, die immer schon in Preisen ihren Ausdruck finden, ausdrückt. Das heißt, daß die Preisrelationen stimmen müssen, wenn man auf diesem Weg die Verteilung des gesellschaftlichen Arbeitsaufwandes auf die verschiedenen Bereiche bestimmen will. Ohne die Aussagekräftigkeit der Preise hinsichtlich der gesellschaftlichen Kosten läßt sich keine Wirtschaftsrechnung ex ante mit Wertkategorien denken. Weiterhin müssen die Preise planmäßig beweglich – und zwar prinzipiell nach unten im Sinne von Preissenkungen – gehalten werden, damit der Gewinn über die Wirtschaftlichkeit der Betriebe Aussagen macht. Mit der planmäßigen Beweglichkeit der Preise soll so vornehmlich Druck auf eine Senkung der Selbstkosten ausgeübt und damit der technische Fortschritt initiiert werden. Geschieht dies nicht, dann ist der Gewinn kein ökonomischer Hebel, kein Mittel indirekter Zentralisierung und wird zum einzelbetrieblichen Selbstzweck. Eine Wirtschaftsrechnung ex post kann daher die gesamtgesellschaftlichen Erfordernisse

nur dann erfüllen, kann sich nur dann mit der Wirtschaftsrechnung ex ante zwecks gesamtwirtschaftlicher Effizienz verbinden, wenn die Preise umfassend etwas über die Kosten aussagen.

Um das Preissystem also planmäßig beweglich zu halten, entschloß man sich für „Einführung der staatlich normativen Regelung für die planmäßige Senkung der Industriepreise“ (IPRS). Durch das IPRS soll – damit ein ständiger Druck auf die Selbstkosten ausgeübt wird – gesichert werden, daß die Fondsrentabilität – durch die Beibehaltung der Preise bei sinkenden Selbstkosten im Laufe der Produktion – nicht übermäßig steigt, wodurch die Produktionsfondsabgabe wie auch das Normativ der Nettogewinnabführung ihren Sinn verlören.<sup>63)</sup> Das IPRS besagt folgendes: wenn die realisierten Gewinne in einer Erzeugnisgruppe die normative Gewinnrate bzw. die Reineinkommensrate über eine bestimmte Toleranzgrenze hinaus übersteigen (= Obergrenze der Fondsrentabilität), sind die Preise zu senken, wobei die Verantwortung für die Senkung je nach Wichtigkeit der Produktion auf den verschiedensten Entscheidungsebenen angesiedelt ist.

Andererseits impliziert die Erreichung der Obergrenze der Fondsrentabilität nicht eine automatische Preissenkung, vielmehr beinhaltet sie den Zwang zur Überprüfung des Preisniveaus, denn es gilt bei der Erwägung, ob eine Preissenkung durchgeführt werden soll, außerdem zu berücksichtigen

- das Verhältnis von Angebot und Nachfrage
- die Notwendigkeit richtiger Preisrelationen für substituierbare Erzeugnisse
- die Auswirkungen auf nicht-volkseigene Betriebe
- die Auswirkungen auf Struktur von Import und Export.<sup>64)</sup>

63) Vgl. die Richtlinie (Fn 33), Abs. 3.1. Vgl. weiterhin den Beschluß des Staatsrates der DDR über weitere Maßnahmen zur Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus vom 22. April 1968. GBl. der DDR, I, 1968, S. 223. Vgl. Melzer (Fn 16), S. 338 ff. Wirkungsweise der staatlichen normativen Regelung zur planmäßigen Senkung von Industriepreisen am Beispiel einer Erzeugnisgruppe (Industriepreisregelsystem) In: Heyde u.a. (Fn 25) S. 163

## PROKLA SONDERHEFTE

### Sonderheft 1

Wolfgang Müller/Christel Neuss  
Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital  
Helga Fabinger  
Kapitalistische Stadtplanung und die Illusion demokratischer Bürgerinitiative  
98 Seiten DM 4,00

### Sonderheft 2

Inhalt und Erscheinen unbestimmt

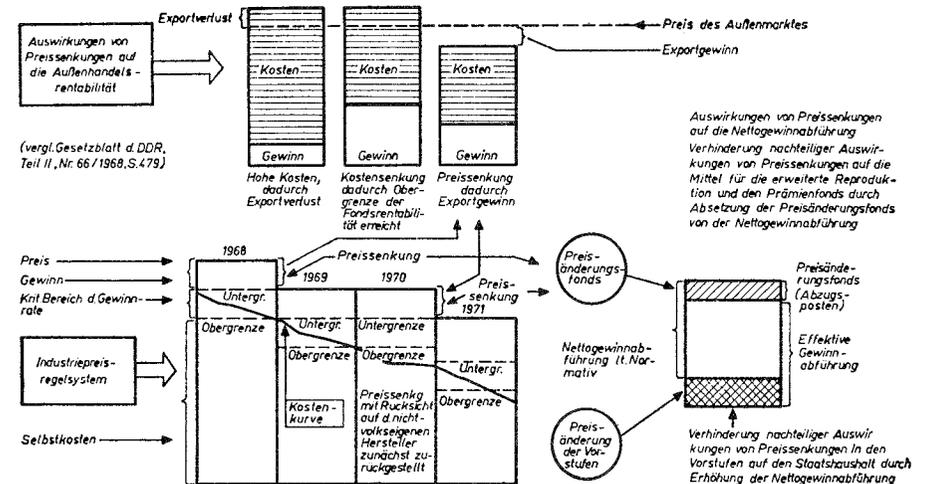
### Sonderheft 3

Revolution in Indien?  
Zur Einschätzung der Klassenkämpfe durch die indischen Kommunisten  
Zur Rolle des westdeutschen Kapitals in Indien  
Abriß der asiatischen Produktionsweise  
60 Seiten DM 3,00

### Sonderheft 4

**BUNDESWEHR – WAFFE DES KAPITALS**  
Materialien zur Rolle der Bundeswehr im Gesellschaftssystem der BRD  
Geschichte des deutschen Militarismus  
Militärisch-industrieller Komplex  
Innen- und außenpolitische Funktion der Bundeswehr  
224 Seiten DM 7,50

Sonderhefte erscheinen außerhalb des Abonnements. Sie sind in Umfang und Preis unterschiedlich. Bei Bestellung „zur Fortsetzung“ werden sie jeweils nach Erscheinen sofort und portofrei auf Rechnung zugewandt.



64) Heyde u.a. (Fn 25), S. 46. Vgl. Richtlinie (Fn 33), Abs. 3.6

Andererseits kann anstelle nicht durchgeführter Preissenkungen für bestimmte Erzeugnisse innerhalb der VVB für andere Erzeugnisgruppen eine Preissenkung vorgenommen werden. Hier ist an ganz zentraler Stelle – nämlich in bezug auf das sehr wichtige Industriepreisregelsystem – deutlich sichtbar, wie sehr hier die Hebel- und Steuerungsfunktion die Meßfunktion tangiert, wie fragwürdig es daher ist, von einer Anwendung der Arbeitswerttheorie in dem Sinne zu sprechen, daß der Preis die in der Ware verausgabte gesellschaftlich notwendige Arbeit wiedergeben soll. Dies wird auch umgekehrt an der Bestimmung ersichtlich, daß die Fondsrentabilität der VVB insgesamt durch die Preissenkung in einzelnen Erzeugnisgruppen nicht unter die Untergrenze der Fondsrentabilität fallen darf, das sonst das Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel auch für die erweiterte Reproduktion ins Wanken geriete. Infolgedessen kommt im Preis nicht primär die Übereinstimmung der Preise des Einzelprodukts mit dem „Wert“, d.h. dem gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand, zum Ausdruck. Mehr bzw. weniger gewinnbringende Produkte wurden vielmehr in einer Erzeugnisgruppe so abgestimmt, daß die Rentabilität im ganzen nicht zu hoch war, da sonst die betrieblichen nicht mehr auf die gesamtgesellschaftlichen Interessen hin orientiert gewesen wären.<sup>65)</sup> Ansonsten verlöre das Hebelsystem seine Funktion.

So wird auch klar, was es heißt, daß das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bei der Erwägung von Preissenkungen berücksichtigt werden muß. Diese Berücksichtigung soll weder eine Steigerung bzw. eine Verhinderung der Senkung der Fondsrentabilität und damit überplanmäßige Gewinne zur Folge haben, wodurch die Betriebe nicht zu rentablem Verhalten angehalten würden. Vielmehr soll die Nichtsenkung des Preises für ein „knappes“ Produkt durch die Senkung der Preise anderer Produkte innerhalb der Erzeugnisgruppe ausgeglichen werden. Dem Betrieb soll weder aus der Tatsache, daß von einem bestimmten Produkt nicht mehr produziert und es somit teuer gehalten wird, kein Vorteil erwachsen. Noch soll über die Nachfrage einfach eine Produktionsausweitung bzw. eine Gestaltung der Preise bewirkt werden.

Die Preise sind folglich keine sogenannten Knappheitspreise, sie werden nicht durch die Realisierung bestimmt, sondern durch die gesellschaftlichen Kosten und weitergehende Überlegungen; eine naturwüchsige Verteilung der Arbeit auf die Produktionssphären ist damit ausgeschlossen. Die Berücksichtigung von Angebot und Nachfrage besagt infolgedessen primär, daß, bedingt durch die gesellschaftlichen Präferenzen und die Verteilung des Arbeitsaufwandes, der Preis bestimmter Produkte dann nicht gesenkt werden kann, wenn nicht dementsprechend mehr produziert werden soll bzw. kann. Würde der Preis solcher Produkte unabhängig von dem Verhältnis Angebot/Nachfrage festgesetzt, wäre die Gefahr bedeutend größer, daß der „Markt“ eine größere Bedeutung gewinnt, z.B. würde eine Preissenkung, der keine größere Warenmasse korrespondiert, sich als verstärkter Zwang zur Konsumorientierung auswirken.

Im ganzen gesehen sollen für die Betriebe weder Vor- noch Nachteile aus dem geschilderten Mechanismus der Preissenkungen entstehen. Die Frage ist nur, ob die Hersteller tatsächlich an Preissenkungen interessiert sind, ob sie sich nicht

65) Vgl. Heyde u.a. (Fn 25), S. 155; Richtlinie (Fn 33), Abs. 3.5. in bezug auf die Regelung innerhalb von Erzeugnisgruppen. Vgl. bezüglich der Einzelpreise die Richtlinie (Fn 33) Abs. 4.2. Die Einzelpreisbildung soll im volkseigenen Sektor auf der Basis der Plankosten des dem Einführungsjahr vorhergehenden Planjahres, im nicht-volkseigenen Sektor kann sie auf der Basis der Ist-Kosten erfolgen.

doch Hintergehungsmöglichkeiten verschaffen,<sup>66)</sup> bzw. ob das IPRS betriebliche Vorteile, die nicht auf besonderer Leistung basieren, ermöglicht – sei es durch Preiserhöhungen oder mangelnde Preissenkungen. Um die Betriebe nicht von vornherein einem solchen System gegenüber abgeneigt zu machen, können Nachteile hinsichtlich des Gewinns, die sich bei der Einführung des IPRS ergeben können, durch Preisänderungsfonds bzw. durch Berücksichtigung bei der Nettogewinnabführung aufgefangen werden. Aber reicht das Auffangen von Nachteilen aus? Es ist auch nicht einsichtig, warum es Extrabestimmungen für die Preisbildung bei neu- bzw. weiterentwickelten sowie bei veralteten Erzeugnissen bedarf.<sup>67)</sup> Das heißt doch, daß das IPRS und damit auch die normative Reineinkommensrate bzw. der Gewinn den technischen Fortschritt nicht bzw. nicht genügend sichern kann.

Nun kann man die Kennziffer Gewinn durchaus durch andere Bestimmungen einschränken, sie müssen sich nur sinnvoll ergänzen. Ergänzt wurde der Gewinn beim fondsbezogenen Industriepreis durch die Produktionsfondsabgabe einerseits, die ein Aufblähen der Grundfonds zwecks höherer Gewinne verhindert, und zum anderen durch das Industriepreisregelsystem, das die Rentabilität zur Sicherung der Selbstkostensenkung und damit des technischen Fortschritts begrenzen soll. Damit müßte bereits gesichert sein, wozu es anscheinend noch der Bestimmung über neue bzw. veraltete Produkte bedurfte, daß nämlich die Hersteller aus der Produktion neuer Produkte ebensolche Vorteile ziehen, wie sie aus der Produktion „veralteter“ Produkte Nachteile zu spüren bekommen sollen.

Fraglich ist, ob mit dieser Bestimmung nicht ein Interessenkonflikt zwischen Hersteller und Abnehmer insofern enthalten war, als die Hersteller nicht nur ein Interesse an gesellschaftlich sinnvollen Weiterentwicklungen der Produkte entfalteteten, zumal die Bestimmung dessen, was sinnvoll ist, äußerst schwierig ist. Dies war schließlich einer der Gründe, die zur stärkeren Betonung der Wirtschaftsrechnung ex post führten. Die Weiterentwicklung eines Produktes kann infolgedessen aber auch zum Selbstzweck (= einem größeren einzelwirtschaftlichen Gewinn mit negativen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen) gerinnen. Gesellschaftlicher Arbeitsaufwand wird verbraucht für scheinbaren und/oder für die Abnehmer unnötigen technischen Fortschritt zwecks Steigerung bzw. Erhaltung vorhandener Preise bzw. Gewinne. Immer wieder taucht so dieselbe Schwierigkeit auf – nämlich die, daß die Produktionseinheiten mittels der ökonomischen Hebel überlistet werden sollen, gesellschaftlich zu handeln. Dieser Überlistung – Überlistung zu gesellschaftlichem Handeln – funktioniert nur dann einigermaßen, wenn das eigene Interesse damit befriedigt wird. Mit dieser Konstruktion des Anschließens an das private Interesse wird das private Interesse seinerseits verlängert. Es versucht mit allen Mitteln die Lücken im unvollkommenen System der ökonomischen Hebel auszunutzen.

Die nichtidentischen Eigeninteressen von Herstellern und Abnehmern sollen bei der Senkung der Preise als Kategorien der gesellschaftlichen Rechnungsführung benutzt werden. Dazu wurden die Vertragsbeziehungen zwischen Herstellern und Abnehmern ausgebaut; die Tatsache der Vertragsbeziehungen als solche sagt somit nichts über verstärkte Marktbeziehungen aus. Vertragsbeziehungen können vielmehr als Mittel indirekter Zentralisierung ex ante dienen, insofern sowohl die Abnehmer

66) Vgl. Heft 5/1972 der Wirtschaftswissenschaft  
67) Vgl. die Anordnung (Fn 24) und die in Fn 24 gemachten Ausführungen.  
68) entfällt.

die Hersteller wie umgekehrt die Hersteller die Abnehmer während des ganzen Reproduktionszyklus von der Forschung bis zur Beendigung der Produktion des betreffenden Produkts kontrollieren sollen. Vertragsbeziehungen, die den ganzen Reproduktionszyklus umfassen und insofern Bestandteil des Plans sind, gewinnen an Bedeutung mit der Erkenntnis der Tatsache, daß die Zentrale selbst zur Regulierung der vielfältigen Beziehungen nicht in der Lage ist. Dadurch daß die Vertragsbeziehungen bereits vor der Entwicklung eines neuen Produkts hergestellt werden sollen, verlieren sie ihre Naturwüchsigkeit und gewinnen Plancharakter. Denn vor Beginn der Entwicklung hat der Hersteller mit den Hauptabnehmern die Ziele der Neu- oder Weiterentwicklung abzustimmen. Zum ändern sollen bereits in dieser frühen Phase von Herstellern und Abnehmern gemeinsam der ökonomische Nutzen<sup>69)</sup> ermittelt werden, desweiteren die Höhe des Bedarfs, der Zeitpunkt des Produktionsbeginns, die Höhe der Produktionskosten, sowie die Obergrenze des zukünftigen Industriepreises.

Die Vertragsbeziehungen sind insofern ein wichtiger Hebel zur Regelung wirtschaftlicher Prozesse. Wenn der Preis bestätigt wird, wird zugleich festgelegt, wann und wie jeweils der Industriepreis für die jeweiligen Produkte zu senken ist. Mit der Herabsetzung des Industriepreises für „veraltete“ Erzeugnisse, somit mit der Senkung des Gewinns sollen planmäßige Neu- und Weiterentwicklungen initiiert werden. Gegen die Gefahr, daß über mehr oder weniger scheinbare, zumindest aber unnütze „Weiterentwicklungen“ Preis- und Gewinnsteigerungen durchgesetzt wurden, wurde, wie sich herausstellte, jedoch kein hinlängliches Mittel ersonnen; genau dies jedoch trat ein, was u.a. zur Verkündung des Preisstopps führte. Demzufolge schlug die lange vernachlässigte Forderung, den technischen Fortschritt durch das System der Planung zu initiieren, aufgrund zu heftigen Kurswechsels in nicht beabsichtigte Förderung ungerechtfertigter Gewinne um. Einzelinteresse und Gesamtinteresse konnten durch die eingebauten Mechanismen nicht schlüssig auf einen Nenner gebracht werden.

Die Herabsetzung des Industriepreises sollte die Abnehmer initiieren, den Antrag zu stellen, ein Erzeugnis als veraltet einzustufen, um so einen möglichst großen Druck auf den Hersteller auszuüben, seine Selbstkosten zu senken. Damit die Kontrolle des Herstellers durch den Abnehmer jedoch nicht in eine einseitige Interessendurchsetzung des Abnehmers umschlägt, damit seine Interessen nicht einseitig ins Spiel kommen, wodurch die Vertragsbeziehungen als ökonomischer Hebel an Wirksamkeit verlören, soll der gesellschaftlich notwendige Aufwand berücksichtigt werden. Ob dieser gesellschaftlich notwendige Aufwand normativ zu sehen ist, womit er ebenfalls Manipulationsmöglichkeiten eröffnet oder faktisch durchschnittlich, womit er nicht gerade den wissenschaftlich-technischen Fortschritt beflügelt, bleibt undurchsichtig. Nur im ersten Jahr soll überhaupt der Gewinn in voller Höhe, d.h. hier mit einem Zusatzgewinn aus der Nutzensteigerung zwischen Hersteller und Abnehmer – begrenzt auf 30 % des jährlichen ökonomischen Nutzens bedingt durch die Entwicklung des neuen Produkts – möglich sein.<sup>70)</sup>

Danach fällt zuerst der anteilige Nutzen, d.h. der Zusatzgewinn weg. Ab dem

69) Vgl. Heyde u.a. (Fn 25), S. 138. Kriterien der Beurteilung des ökonomischen Nutzens sind: „einmalige Aufwendungen (für Investitionen), Kapazität, Arbeitsproduktivität, Arbeitskräfte, Materialeinsatz, Selbstkosten, Reineinkommen, Exportrentabilität, Produktionsfonds, Qualität“.

70) Vgl. a.a.O., S. 143

3. Jahr soll bereits eine solche Preisdegression einsetzen, daß der Gewinn rascher als die Selbstkosten sinkt, so daß er durch Selbstkostensenkung nicht gehalten werden kann. Mit einer derartigen stufenweisen Reduzierung des Industriepreises sollen die Hersteller zur Entwicklung neuer Produkte gezwungen werden. Das heißt andererseits auch, daß ein sehr schneller „moralischer“ Verschleiß inkalkuliert ist in fragwürdiger Orientierung an kapitalistischen Mechanismen. Da sich die Betriebe noch stärker als gewollt an diesen orientierten, wurde der skizzierte Mechanismus fürs erste eingestellt.

### 5.

Theoretische Einwände gegen eine sog. Anwendung der Arbeitswerttheorie

Gegen die Rede von der Anwendung des Wertgesetzes bei der Preisbildung sind auch schon andere als die bisher vorgebrachten Argumente formuliert worden. W. Hofmann beispielsweise stellt zurecht fest, was selbst von einem Teilnehmer auf der Konferenz 1955 zur Übergangsperiode ausgeführt worden war, daß nicht der Wert, sondern nur der Preis der Ware bekannt ist. „Es versteht sich, daß die Arbeitskosten kein Ersatz sind für gedachte Arbeitswerte und deren Proportionen, da die Löhne selbst Preise darstellen, in deren Bestimmung natürlich auch quasi marktpolitische Überlegungen eingehen.“<sup>71)</sup> Folglich ist nicht der „objektive“ Wert bekannt, sondern nur der Geldausdruck. Dies wird in der Literatur insofern indirekt zugegeben, als eingeräumt wird, daß ein Vergleich in Arbeitsstunden bisher nicht durchführbar ist.<sup>72)</sup> Wäre er das, wäre das Rechnen in Preisen nicht mehr nötig, da der Vergleich jedoch nicht möglich ist, ergibt sich der Zwang zum Rechnen mittels Wertkategorien. Anders ausgedrückt: ließe sich der „objektive“ Wert feststellen, bedürfte es unter diesem Aspekt der Preis nicht, da er sich nicht feststellen läßt, bedarf es der Preise, folglich kann auch keine Arbeitswerttheorie angewendet werden. Die Faktoren, die bestimmte Preise beeinflussen, bestimmen diese immer schon in Preisform, damit geht die Faktizität bereits in die Bestimmung der Faktizität ein.

Hofmann ist desweiteren recht zu geben, wenn er ein angewandtes Wertgesetz als eine *contradictio in adjecto* bezeichnet,<sup>73)</sup> denn das Wertgesetz zeichnet gerade die Gesellschaftsformation aus, die eine gesamtgesellschaftliche Planung, somit auch eine Planung der Preise z.B. zur gesellschaftlichen Bewertung der betrieblichen Aufwendungen, nicht kennt.<sup>74)</sup> Im Kapitalismus wirkt das Gesetz als blinder Durchschnitt doch gerade deshalb, weil die Gesellschaft den gesamtgesellschaftlich-ökonomischen Prozeß nicht bewußt reguliert, es ist hier folglich Ausdruck des bewußtlosen gesellschaftlichen Zusammenhangs.

Weiter oben wurde bereits darauf verwiesen, daß die gesamtgesellschaftliche Dimension außer acht gelassen wird, wenn von der Anwendung des Wertgesetzes, d.h. einer planerischen Funktion des Wertgesetzes gesprochen wird. Wenn von der Anwendung des Wertgesetzes gesprochen wird, dann ist damit vornehm-

- 71) Hofmann, Das Wertgesetz (Fn 7), S. 267. Vgl. z.B. Maaf/Weisheimer, Preisverflechtungsmodell (Fn 36), S. 18: „Die Preise nach den verschiedenen Preistyp-Varianten wurden auf der Basis des gesellschaftlich notwendigen Aufwands berechnet. Ausgangspunkt waren die Kosten (!) gemäß Plan 1968.“
- 72) Vgl. z.B. W.P. Djatschenko: Die wissenschaftlichen Grundlagen der planmäßigen Preisbildung, Berlin 1971, S. 12
- 73) Vgl. Hofmann, ebd. (Fn 7)
- 74) Vgl. dazu die bei DDR-Autoren selten zu findenden Ausführungen von K. Teichmann, Protokoll (Fn 13), S. 173 ff

lich gemeint, daß im Preis annähernd die gesellschaftlichen Kosten zwecks Senkung dieser Kosten zum Ausdruck kommen sollen. Die unbedachte Rede von der Anwendung des Wertgesetzes ist bedenklich, aber immer noch besser als die Vorgehensweise so namhafter Autoren wie Ambree/Bösche/Matho.<sup>75)</sup> Sie behaupten, daß der Wert im positiven Sinne qualitativ ein bestimmtes gesellschaftliches Verhältnis sozialistischer Warenproduzenten ausdrückt. Davon kann absolut keine Rede sein, zumal dann nicht, wenn man wie Ambree davon spricht, daß die individuelle Arbeit sich planmäßig als unmittelbar gesellschaftliche ausweist, was bedeutet, daß sie sich von vornherein als gesellschaftlich notwendige erweisen muß und sich nicht durch spontane, naturwüchsige Prozesse immer wieder auf gesellschaftlich notwendige einpendelt. Das heißt doch aber, daß der Wert gerade nicht ein gesellschaftliches Verhältnis ausdrückt, sondern daß die gesellschaftlichen Verhältnisse so gestaltet sind, daß Wertkategorien – abgesehen davon, daß sie Planungsgegenstand sind – weitgehend instrumentalen Charakter erhalten, daß ihr geplanter Gebrauch im Dienste übergeordneter Ziele steht,<sup>76)</sup> so gesehen drücken sich in ihnen natürlich auch die gesellschaftlichen Verhältnisse aus.

Dieser Einwand trifft auch dann zu, wenn man nicht wie Ambree von einem unmittelbar gesellschaftlichen Charakter der Arbeit spricht. Schließlich zeigen Planänderungen als sozialistischen Staaten adäquater Ausdruck von Krisen immer wieder an, daß der unmittelbar gesellschaftliche Charakter der Arbeit noch keineswegs gegeben ist und auch die Tatsache, daß die zentralen Planmaßnahmen zugunsten von Parametern reduziert wurden, ist ein deutlicher Verweis darauf, daß die DDR-Theorie selbst nicht von einem unmittelbar gesellschaftlichen Charakter der Arbeit ausgeht, wenn sie auch davon spricht. Denn die verstärkte Betonung der doppelten Wirtschaftsrechnung, damit auch der Betonung der Wirtschaftsrechnung ex post, hat sich doch gerade deshalb als notwendig erwiesen, weil die Zentrale zum einen technisch nicht in der Lage ist, eine ausschließliche Wirtschaftsrechnung ex ante durchzuführen, und weil zum andern die Produktionseinheiten trotz und wegen detaillistischer Planung auch dann noch die zentralen Auflagen unterlaufen. Gerade die zuletzt genannte Tatsache hat selbst unter dem Wirtschaftssystem vor 1963 aufgezeigt, wie wenig die in den Betrieben verausgabte Arbeit einen unmittelbar gesellschaftlichen Charakter hat.

Diese Einwände gegen die positive Interpretation von Ambree u.a., daß der Wert qualitativ ein bestimmtes Verhältnis sozialistischer Warenproduzenten ausdrückt, können nun nicht dahingehend interpretiert werden, daß an der Existenz der Wertkategorien grundsätzlich eine Kritik an den osteuropäischen Staaten festgemacht werden könnte. Aus den Ausführungen über die Preisplanung dürfte hervorge-

75) Vgl. Ambree u.a., Theoretische Grundlagen (Fn 39), S. 992

76) Wenn man jedoch wie Ambree u.a. aus der Marxschen Kritik am Kapitalismus – meist kurz und verkürzt unter Wertgesetz gefaßt – zwei blutleere Komponenten macht ("1. die Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit auf die einzelnen Produktionssphären und Warenarten entsprechend den gesellschaftlichen Bedürfnissen und damit auch die Verteilung auf die warenproduzierenden Teilsysteme; 2. den spezifischen Arbeitsaufwand je Erzeugniseinheit, der sich aus den normalen objektiven Produktionsbedingungen ergibt, unter denen die Hauptmasse des betreffenden Erzeugnisses hergestellt wird." a.a.O., S. 995), wundert es nicht, wenn statt ökonomischem Ausdruck der Klassenanalyse der Wert ahistorisch gerinnt, um auch ein bestimmtes Verhältnis sozialistischer Warenproduzenten auszudrücken. Solche theoretische Strapazen sind in den verschiedensten Spielarten notwendig, wenn man die Marxsche Kritik anzuwenden gedenkt.

hen, daß die Wertkategorien grundlegend weder die Produktion noch die Zirkulation bestimmen, die weitgehend bedingt durch die Planung der proportionalen Entwicklung, durch Strukturpolitik, durch das innerhalb der Vertragsbeziehungen weitgehendst vorgeplante Verhältnis von Herstellern und Abnehmern geprägt werden.<sup>77)</sup> Vielmehr wird mittels der Verwendung der Wertkategorien versucht, die Betriebe in der Entfaltung eigener Aktivitäten auf die im Plan formulierten gesamtgesellschaftlichen Präferenzen hinzulenken. Damit soll andererseits jedoch nicht behauptet werden, daß nicht aufgrund mangelnder Interessenidentität die Betriebe im einzelwirtschaftlichen Interesse die Wertkategorien benutzen, jedoch wußten sie sich vor 1963 mittels anderer Mechanismen auch zu „helfen“! Einseitiges einzelwirtschaftliches Gewinnstreben durch Ausnutzung der Existenz der Wertkategorien verweist also nicht auf die Wertkategorien als Ursache. Vielmehr haben das alte wie das neue Wirtschaftssystem überkommenes – ehemals ungebrochen gesellschaftlich vermitteltes – Privatinteresse verlängert, somit die reale Vergesellschaftung unzulänglich vorangetrieben; das eine, indem es dieses Privatinteresse in detaillistischer Planung negierte, ohne es aufzubrechen, womit es perpetuiert wurde, das andere, indem es mit den Mitteln indirekter Zentralisierung an dieses Privatinteresse anknüpft und es in Verfolg seiner eigenen Interessen durch die Bedingungen, innerhalb derer die Einzelinteressen verfolgt werden können, auf die gesamtgesellschaftlichen Präferenzen hinzulenken sucht. Am ehesten kommt den Wertkategorien bedingt durch das sowohl prinzipiell wie in seiner praktischen Durchführung fragwürdige Prinzip der Entlohnung nach Leistung, wie bedingt durch die verschiedenen strukturierten individuellen Bedürfnisse, denen begrenzte gesellschaftliche Mittel gegenüberstehen, im Bereich der Konsumgüterverteilung eine Bedeutung zu. Auch hier sind in bestimmten Bereichen die Wertkategorien gerade dadurch eingeschränkt, daß sich in den Preisen nicht die gesellschaftlichen Kosten ausdrücken und auch nicht ausdrücken sollen, da aufgrund der gesamtgesellschaftlichen Präferenzen bestimmte lebensnotwendige Dinge für den individuellen und gesellschaftlichen Konsum besonders billig gehalten werden, während andere Gegenstände, die entweder überhaupt oder auf dem bestimmten Entwicklungsstand als Luxusgegenstände angesehen werden, besonders teuer sind.

Die zuletzt angesprochenen Probleme sind jedoch nicht Gegenstand dieses Aufsatzes, da sie entweder durch eine bewußte sozialpolitische Abweichung der Preise von den gesellschaftlichen Kosten oder – wenn auch eingeschränkt – durch tradierte Differenzen zwischen geleisteter Arbeit und Entlohnung gekennzeichnet sind. Demgegenüber ging es hier um die Frage nach dem Anspruch der DDR bei der Preisplanung, nach der Stichhaltigkeit dieses Anspruchs (Anwendung der Arbeitswerttheorie) und nach der Frage, inwieweit hier Preis im Sozialismus gleich Preis im Kapitalismus, Gewinn gleich Gewinn, Wertkategorien also gleich Wertkategorien sind, inwieweit sie infolgedessen bereits von anderer Qualität sind, bzw. wo es anzusetzen gilt, um Kriterien einer konkreten Kritik zu gewinnen.

Diese Kritik kann also konkrete sich nicht einfach an der Tatsache festmachen, daß ab 1963 in der DDR verstärkt Wertkategorien aufgegriffen wurden. Sie muß vielmehr untersuchen, wie diese Kategorien aufgegriffen wurden, warum sie aufgegriffen wurden und in welcher Weise sie sich tatsächlich als den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß beherrschende bzw. nicht beherrschende entwickeln. Sie muß sich demzufolge den Schwierigkeiten sozialistischer Planung stellen, wobei gefragt werden muß, inwiefern die Schwierigkeiten der Durchsetzung

77) Vgl. Spitzner (Fn 15)

# WORKING PAPERS ON THE KAPITALISTATE

An Introduction to Working Papers on the Kapitalistate .....

## Current Events

Current Currency Crises (Rolf Knieper) .....

## Current Projects/ Cooperative Communi- cations

Corporate Regionalism in the United States (Dan Feshbach, Les Shipnuck) .....

The State and Dependent Development (Malori J. Pompermayer) .....

Comments on the State and Dependent Development (Immanuel Wallerstein) .....

Investigation of the Functions of Public Science and Technology Policy in the Federal Republic of Germany as a Capitalist System (Hartmut Neuendorff, Ulrich Rödel) .....

Contradictions of U.S. State Economic Policy (Stephen Rose) .....

Autonomy and Penetration in Venezuela (Wolfgang Hein et al.) .....

The Formation of Interstate Functions in Capitalist Social Formations (Georg Simonis) .....

Radical Criminology (Herman Schwendinger) .....

A Point of Focus: Regional Studies and Local Movements .....

A Point of Focus: StaMoCap v. Marx & Lenin et al. (Ernst Theodor Mohl) .....

Progress Reports: - USA .....

- Italy .....

- Germany .....

## Theoretical Notes

Capital and State in the World Economy (Sol Piccioto, Hugo Radice)

Nation States and Multinational Corporations (Alberto Martignelli, Eugenio Somaini) .....

Summary of the Theory of the Fiscal Crisis (Jim O'Connor) .....

Japanese Monopoly Capitalism and the State (Tasuku Noguchi) .....

## Working Material/ Bibliograph- ic Informa- tion

Notes on Some Problems of State Interventionism (I) (Elmar Altvater)

The Abolition of Market Control and the Problem of Legitimacy (I) (Claus Offe) .....

Political Economy of State Expenditures and Revenues - A Bibliography (Jim O'Connor) .....

## Book Reviews/ Survey of Journals

Italian Analyses of Class Struggle and the State (Gisela Bock) .....

Survey of Journals .....

Nr.1 soeben erschienen. Erhältlich über  
den Buchhandel oder POLITLADEN ERLANGEN

des Planungsprinzips in Staaten wie der DDR, die sich in der Notwendigkeit doppelter Wirtschaftsrechnung ausdrücken, prinzipieller Natur sind und inwiefern sie sich auch daraus ergeben, daß die Vervollkommnung des Planungssystems von der tendenziellen Fortschreibung privater Interessen ausgeht. Der Zusammenhang zwischen Einzel- und Gesamtinteresse wird technisch durch den bewußten Gebrauch der Wertkategorien hergestellt, womit durch bewußte Gestaltung der Verkehrsformen die Produktionseinheiten in Verfolg ihrer privaten Interessen die gesamtgesellschaftlichen Ziele verwirklichen sollen. Nicht das Zusammenspiel naturwüchsiger privater Interessen bewirkt so das „Gemeinwohl“, sondern die vorgegebenen gesamtgesellschaftlichen Ziele sollen verwirklicht werden mittels eines einzelwirtschaftlichen Interesses, das sich innerhalb bewußt gestalteter Verkehrsformen soll bewegen können. Daß es daraus immer wieder versucht auszubrechen, ergibt sich konsequent aus der Tatsache, daß das Planungssystem dieses private Interesse verlängert, indem es mit ihm in der konkreten Ausgestaltung weitgehend als mit einer Konstante rechnet.

# WIR WOLLEN ALLES!

Diese Zeitung ist ein Kampfblatt. Ein Blatt für alle, die am dauernden Klassenkampf beteiligt sind.

Ein Ausdruck des täglichen Kleinkriegs der Unterdrückten gegen die Unterdrücker.

Ein Ausdruck der Diskussionen darüber.

Ein Ausdruck unserer Arbeit,  
unserer Fehler.



## WIR WOLLEN ALLES

Postanschrift: 8551 Gaiganz Nr. 12

Die Zeitung kostet im Abonnement DM 12,00 für 12 Nummern inklusive Versandkosten. Der Aboversand wird aufgenommen, sobald der Abo-Betrag auf dem Konto der Zeitung eingegangen ist. Sämtliche Zahlungen nur auf dieses Konto:

Gerd Schnepel, Erlangen; Postscheckamt Nürnberg Nr. 72890-852  
Kein Abo-Versand in Orte mit politischen Buchhandlungen!